

Volksstimme

Einzelpreis 20 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer 1111. Für Inserate 1927 für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 961. Postamt 10106. Postfach 10106. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Postgebühren 4,75 Mk., monatlich 2,25 Mk. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 4,30 Mk., monatlich 2,10 Mk. Bei den Postämtern vierteljährlich 6,75 Mk., monatlich 2,25 Mk. ohne Postgebühren. Einzelne Nummern 20 Pf. — Anzeigengebühren: die 4erwähnte Normalzeile 80 Pf. im Reklamereit 100 Pf. — Kleinanzeigen 10 Pf. — Anzeigen-Abgabe erst verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachnummer 10106 Berlin.

Nr. 17.

Magdeburg, Mittwoch den 21. Januar 1920.

31. Jahrgang.

Das Zentrum.

Der Zentrumsparkeitag, der am Sonntag in Berlin begonnen hat, erinnert zur rechten Zeit daran, daß es jenseits des Streites zwischen Sozialdemokraten und Volksschweifern noch andre innere politische Probleme in Deutschland gibt, die man nicht dadurch aus der Welt schaffen kann, daß man sie einfach ignoriert. Trotz des gewaltigen Anwachsens der Sozialdemokratie haben die Wahlen vom Januar 1919 noch immer eine beträchtliche bürgerliche Mehrheit ergeben, und in dieser Mehrheit ist das Zentrum die stärkste Partei.

Die bürgerliche Mehrheit war geblieben, aber sie ist nach den Wahlen nicht in Erscheinung getreten, weil Zentrum und bürgerliche Demokratie mit den Nesten des reaktionären Nationalismus nichts zu tun haben wollen, sondern

sich auf das Regierungsschiff retteten,

daß die Sozialdemokratie steuerte. Eine bürgerliche Mehrheit wäre eine monarchistische Mehrheit geworden, und die Hauptstützen des alten Regimes, die Schuldigen des Krieges und der Niederlage, hätten in ihr die Führung gehabt. Die Aussichten, die sich daraus ergaben, waren für das Zentrum so abschreckend, daß es lieber eine Revision seiner Grundsätze vollzog und der Sozialdemokratie half, den Ausbau der deutschen Republik durchzuführen und zu sichern. Wenn einmal die Geschicke der deutschen Novemberumwälzung geschrieben werden wird, so wird es für den Geschichtsschreiber eine reizvolle Aufgabe sein zu untersuchen, wie zwei bis dahin monarchistische Parteien zu Stützen des republikanischen Neuaufbaues werden konnten, wir glauben heute schon sagen zu dürfen, daß in seinem Urteil die politische Geschicklichkeit, mit der die Sozialdemokratie damals zu diesem Zweck operierte, nicht schlecht abschneiden wird.

Es ist selbstverständlich, daß sich eine solche Umstellung nicht ohne innere Reibungen

vollziehen kann, selbstverständlich, daß es im Zentrum Kreise gibt, die sich mit der republikanischen Orientierung ihrer Partei nicht so leicht abfinden können und die der früheren Kampfgemeinschaft mit der Rechten ein wehmütiges Angedenken bewahrt haben. Sich mit ihnen auseinanderzusetzen, ist die Aufgabe des Parteitag, und es will nicht scheinen, als ob jene Elemente die Oberhand gewinnen könnten. Ihr bloßes Vorhandensein muß aber auch für uns ein Warnungszeichen sein.

Die Koalition mit dem Zentrum und der bürgerlichen Demokratie war notwendig, um die Regierung auf eine breite parlamentarisch-demokratische Grundlage zu stellen und zunächst über die allergrößten Schwierigkeiten hinwegzukommen. Zu diesen Schwierigkeiten gehört unter anderem auch — es wäre unnütz, dies zu verschweigen — der Mangel an geeigneten Persönlichkeiten, um alle wichtigen Stellen der Regierung und der Verwaltung zu besetzen. Und dabei ist doch

die Sozialdemokratie der Ries

unter den heute vorhandenen Arbeiterparteien, und ihr Reichtum an geistigen Kräften ist im Vergleich zu den anderen unendlich groß. Der Optimismus der kleinen Gruppen, die alles allein machen wollen, ist wahrhaft zu beneiden, er würde aber, wenn er auf die Probe des Regierens müßte gestellt würde, geradezu groteske Erfahrungen machen.

Ist also die Koalition aus den verschiedensten Gründen eine augenblickliche Notwendigkeit, so wäre es doch gründlich falsch, an ihre ewige Dauer zu glauben. Vor einem solchen Glauben müssen uns schon die unterschiedlichen Strömungen im Zentrum warnen. Ein Rechtsabswanken dieser bürgerlichen Partei ist ein Ereignis, das im Laufe der Zeit mit nicht geringer Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist. Dann bleiben die Möglichkeiten einer anti-sozialistischen Mehrheitsbildung oder einer demokratisch-sozialdemokratischen Mehrheit oder schließlich die einer rein sozialdemokratischen Mehrheit. Auf alle Fälle muß sich die

Sozialdemokratie sehr stark erhalten,

wenn sie der Möglichkeit einer bürgerlichen Mehrheitsbildung unter monarchistisch-nationalistischer Führung auf die Dauer einen Niegel vorschleichen will.

Man darf auch nicht übersehen, daß die Parteitagrede des zur Regierungspolitik stehenden Abgeordneten Trimborn in bezug auf die Stellung der Partei zur Republik mit größter diplomatischer Vorsicht abgefaßt ist. Sie enthält eigentlich gar kein direktes Bekenntnis zur Re-

publik, sondern sie begnügt sich damit, den Versuch, die Monarchie auf dem Wege des gewaltigen Umsturzes wieder einzuführen, nachdrücklich abzulehnen. Auf verfassungsmäßigem Wege könnte die Monarchie wieder eingeführt werden, zwei Drittel des Reichstags und des Reichsrats oder die Mehrheit aller bei einer allgemeinen Volksabstimmung stimmberechtigten Volksgenossen für sie gewonnen sind. Den Weg zu einer solchen verfassungsmäßigen

Wiedereinführung der Monarchie

will Trimborn dem Zentrum nicht verbauen, und es ist selbstverständlich, daß es auf ihm dem allerstärksten Widerstande der Sozialdemokratie begegnen würde.

Dazu treten die starken agrarischen und partikularistischen Strömungen. Die ersten führen zu einer unmittelbaren Interessenverbindung mit der Rechten, die zweiten werden von dieser aus Gründen einer skrupellosen Taktik gefördert.

So fehlt es nicht an Anzeichen, die die Sozialdemokratie zur schärfsten Vorsicht auffordern. Die Sozialdemokratie hat allen Grund, sich das Faustwort im Gedächtnis zu halten: „Werd ich beruhigt je mich auf ein Faulbett legen, so sei es gleich um mich getan!“ Die Koalition darf für die Sozialdemokratie nicht zu einem Faulbett werden, indem sie ihre eigene Aufgabe vergißt, stärker und stärker zu werden, bis sie ihre Grundsätze, ohne Bindung an Koalitionsbedürfnisse und taktische Bedenken, vollständig durchzusetzen imstande ist. —

Die Lehren des blutigen Dienstag.

In der „Welt am Montag“ schimpft der sattjam bekannte „Mehrheitssozialist“ Hans Leuß in jeder Woche mächtig über die Mehrheitssozialisten. Sie können ihm nichts recht machen, an allen ihren Taten muß er herumräkeln. Er glaubt, auf diese Weise die Partei wieder auf den „rechten Weg“ zurückzubringen. Daß ihm das zum Teil schon gelungen ist, bestätigt er selbst in der letzten Ausgabe der erwähnten Zeitung. Er schreibt dort: „In der S. P. D. war alles auf dem Wege der Rückkehr zu den großen Ueberlieferungen der Sozialdemokratie. Man konnte von Woche zu Woche das Wachsen dieser Bewegung verfolgen.“

Und nun jammert er Stein und Bein, daß die bösen Unabhängigen, denen er sonst so nahe steht, in tölpelhafter Weise sein gutes Werk wieder zertrümmert haben. Er klagt:

Da reitet einen Teil der radikalen Führer die Mahrheit. Für die Stimmen der Vernunft taub, für den wahren inneren Gang der Dinge blind, vollkommen vernarrt in fixe Ideen, erneuern sie die ärgsten Dummheiten aus der Geschichte der Revolution! Verantwortlich sie eine Demonstration, die unzweifelhaft von vornherein so angelegt war, daß sie nicht nur eine Belagerung, sondern auch eine Vergewaltigung der Nationalversammlung werden mußte. Die Veranstaltung erinnert an jene Ereignisse in der großen französischen Revolution, an die Belagerung des Parlaments, eine der Wurzeln der Reaktion, die Aufrichtung des Kaiserreichs.

Uns ist dieses Zeugnis über die Absicht der Unabhängigen am blutigen Dienstag außerordentlich willkommen. Mit aller Deutlichkeit bestätigt hier der „mehrheitssozialistische“ Freund der Unabhängigen, was diese so tapfer bestreiten, daß nämlich nichts anderes beabsichtigt war, als die Sprengung der Nationalversammlung. Daß etwas Großes geplant war, geht auch schon aus der Tatsache hervor, daß zur Ueberraschung aller Besucher des Parlaments am Dienstag und gegen alle Tradition die gesamte Fraktion der Unabhängigen im Sitzungssaal anwesend war, und darüber hinaus noch eine Zahl anderer Größen der U. S. P. Ohne Zweifel hat man geglaubt, der große Wurf würde gelingen, man könne die Nationalversammlung auseinanderjagen und dann eine Räteregierung bilden.

Hans Leuß will damit nichts zu tun haben. Er schimpft heute genau so über die Veranstalter dieser Demonstration wie sonst über Roske. Nachdem er in eingehender Weise gechildert hat, welche Vorteile die Reaktion von solchen Vorgängen und ihren Folgen hat, schreibt er:

Ihr verbündeter Widerpart ist genau so blöde wie sie, und daß es möglich ist, durch den innern Zusammenhang der innern Gegensätze einen Teil der Massen zum Werkzeug ihrer Tölpelzüge zu machen, das ist jene harte Probe für unsereineren, von der ich oben gesprochen habe. Wir bestehen auch diese Probe, denn wir wissen, daß sogar dieser verrückte Mißbrauch der Massen an der Beständigkeit der Entwicklung aufgehoben wird, die über alle Zwischenfälle und Widerstände

triumphiert. Aber es ist doch hart, wenn Narren einem die Arbeit verhängen, die man im Dienste der Masse, ihrer Freiheit, ihrer Kraft, ihres Lebens leistet; wenn eben in dem Augenblick, in dem eine große Umkehr in der S. P. D. einen gewaltigen Fortschritt dieser Arbeit verheißt, die Mahrheit auf den Plan tritt und Gustav Noske wieder in den Sattel setzt. Wie eilig haben es die Lören gehabt, den eben erst mühsam entthronten Belagerungszustand zur Macht zurückzuführen! Welch eine teuflische Freude haben sie ihren Tölpelzügen bereitet!

Wir haben dem nichts hinzuzufügen, erkennen aber freudig an, daß die Vorgänge vor dem Reichstag selbst einem Hans Leuß eine Lehre gewesen sind. Möge er daraus die Konsequenzen ziehen und in Zukunft mehr als bisher die Verhältnisse berücksichtigen und danach urteilen. Den Massen Schmeicheleien zu sagen und ihnen Versprechungen zu machen, von denen man bestimmt weiß, daß sie unerfüllbar sind, ist nicht ehrlich und schafft nur heillose Verwirrung und ist die Quelle des Bürgerkriegs.

Mögen alle Leute, die mit den heutigen Verhältnissen nicht zufrieden sind, und die in vollständiger Verleugnung der Tatsachen unsere Genossen in der Regierung und der Gesamtpartei die Schuld für alles zuschieben, endlich erkennen, daß nicht gedankenlos kritisieren, sondern nur eingehende Würdigung der Verhältnisse und der ganzen verfahrenen Situation, in der wir uns heute befinden, daß nur Geschlossenheit und kräftiger Widerstand nicht nur gegen die Reaktionen, sondern auch gegen die „Lölbel“ von links, die da glauben, mit Blut ihre neue Herrschaft zu gründen, dem Bürgerkrieg ein Ende bereiten kann. Nur wenn alle Kräfte sich zusammenfinden zur Stärkung der wiedererwachenden Vernunft, nur wenn jeder an seinem Arbeitsplatz seine Pflicht und Schuldigkeit tut, nur wenn alle sich zum Schützer der Demokratie aufwerfen, nur dann können wir die kaum geschaffenen Grundmauern der jungen Republik festigen und auf ihnen das neue Gebäude eines freien und glücklichen Deutschlands errichten. —

Die Brüder.

Die „Tägliche Rundschau“ eilt den unabhängigen Veranstaltern des Rutes vor dem Reichstag mit großem Eifer zu Hilfe. Wir denken nicht daran, es den Rechtsparteien zu verübeln, wenn sie das schamlose Treiben der Verbrecher unter den von der U. S. P. aufgebotenen Massen für ihre reaktionären Zwecke ausnutzen. Wenn z. B. die „Deutsche Tageszeitung“ behauptet, dies sei die erste Frucht des Betriebsrätegesetzes, aber es werde unter diesem Gesetz noch ganz anders kommen, so ist das nur natürlich. Auch die U. S. P. und die Kommunisten können sich keinen Augenblick darüber im Zweifel gewesen sein, daß sie durch ihre Taktik den Bemühungen der Sozialdemokratie um Verbesserung des Betriebsrätegesetzes direkt zuwiderhandeln.

Aber die „Tägliche Rundschau“ greift die Ereignisse von einer andern Seite aus an! Sie behauptet, vor 6 Jahren hätte die Sozialdemokratie einen solchen Krawall mit inszeniert, hätte sie ebenfalls das Militär, das (obgleich seine Schuldigkeit getan habe, als Mörder und Bluthunde ausgeschrien und die Regierung beschimpft, welche die Ordnung selbst mit Waffengewalt aufrechtzuerhalten angekündigt hätte. „Wenn das vor 6 Jahren, in den Zaberntagen, wenige Monate vor Ausbruch des Krieges vom Regierungstisch aus gesagt worden wäre, so hätte Herr Bauer vom Parteivorstand gebrüllt wie ein Stier, mit ihm all die Seinen und dazu noch Fehrenbach.“

Das ist genau daselbe, was der Abgeordnete Henke auch sagt. Was wünschen sich denn die Unabhängigen mehr als den Beweis, daß die Sozialdemokraten andre geworden sind als früher, und jetzt verbrennen, was sie damals angebetet haben.

Die Mahrheit ist freilich ganz anders. Vor 6 Jahren hatten wir Dreiklassenparlament, Gewalt Herrschaft, den Militarismus der „Eseln und Besten“, die brutale Beschimpfung des Volkes ohne jeden Grund, wie der „Wades“ in Zabern, und wüste Schandthaten. Heute haben wir den demokratischen Staat. Die Regierung ist legitimiert durch den Willen des Volkes. Noch in diesem Jahre wird neu gewählt; wenn das Volk will, bekommt es eine andre Regierung. Niemand braucht mehr zu den Waffen zu greifen, der nicht mit der Minderheit die Mehrheit brutalisieren will; sonst kommt jeder mit dem gleichen Recht zu seinem gerechten Anspruch.

Damals, vor 6 Jahren, hat die Sozialdemokratie Niederdemonstrationen veranstaltet. Stundenlang zogen die Bünde durch die Straße trotz Polizei und Militär. Aber nicht eine Fenster-scheibe ist damals zerbrochen worden. Die Partei hatte durch ihre Ordner dafür gesorgt, daß keine unlaute Elemente sich ein-

Alraune II.

Gleg. Mastentoftüme
zu verkaufen
S. Martialis, Bachhofstr. 10.

Ia. englische Zigaretten
best. Tabak, Staunlos, Packung, Versand per Nachnahme
Paul Heller
Tabakwaren-Großhandlung
Magdeburgerstr. 51,
Fernruf 7013.

Englische Zigaretten
Original-Marken 4349
doppelt, echte

Goldflafe
Orig. Glas in Staunlos, hat laufend abzugeben
Wilhelm Hoffmann
Tabakwaren-Großhandel,
Bachhofstr. 14. Tel. 4049

Ia. englische Zigaretten
goldgelber Tabak in Staunlospackung, habe preiswert abzugeben
M. Tüngler
22 Geddröbe 22
— Telefon 8024 —
Versand per Nachnahme.

Preiswertes Angebot!
Große Auswahl in
Konfirmanten- und Prüfungs-Anzügen
sowie
sämtlicher Arbeitskleidung
J. Sorger
Sabotstr. 3. Sabotstr. 3.

Alteisen
größere u. kleinere Posten kaufen stets zu hohen Preisen
Rothholder & Kesten
Magdeburg, Weinbergstr. 15
Auf Wunsch erfolgt Abholung. 80

Lichtspiele

Kammer-Lichtspiele

Artistentreue
Drama aus der Künstlerwelt — 4 Akte, mit
Bruno Kastner
Hanne Brinkmann.
Hoch der goldene Leichtsin!
ein lustiges Filmspiel in 5 Akten.
(Hervorragender Lustspielfilm „Phönix“, Subapost.)

Heute bis einschl. Donnerst. abg.

Colosseum
Rausch
6 Akte
nach dem Bühnenwerk von Steinberg.
Hauptdarsteller:
Asta Nielsen
Alfred Abel.
Regie: Ernst Lubitsch.
Winipeg, der Trapper
Amerikanisches Drama in 2 Akten.

Tonbild-Theater
Das spann. Kriminal-drama
Die Schuld des andern
30. Abenteuer des berühmten Detektivs
Stuart Webbs (Ernst Stürtgen)
Se. Durchlaucht der Landfürst
Lustspiel in 4 Akten, mit
Emil Gutmann.

Weißer Wand
Das Theaterdorf
Packendes Hochland-Drama mit
Hermine Bosetti
als Hauptdarstellerin.
Bauernehre
Ein Filmspiel aus dem Schwarzwald, 3 Akte.

Lichtspielhaus Panorama

Die Fahrt ins Glücksland
glänzendes Drama in 5 Akten. — In der Hauptrolle:
Gunnar Tolnaes.
Seine Selige
Schwank in 3 Akten mit
Richard Alexander. — Leo Paukert.

Spielzeit: **Wochentags 6-10.45 Uhr**
Sonntags u. Feiertage 2-10.45 Uhr

Beginn der Abendvorstellung 8.30 Uhr.

Alraune II.

Stadt Hamburg
Wentzstr. 28.
Heute Dienstag, ab 8 Uhr
Gr. Preis-Stat.
Auto Preise. 6568

ZL
Zirkus-Lichtspiele
bis Donnerstag:
2

der glänzendsten Filmreihe:
Der goldene See
Erstes Abenteuer aus dem Filmzyklus
Die Spinnen
5 Akte.
Das Gelübde der Keuschheit
Drama in 6 Akten.
Beginn: 8 Uhr.
Nachmittags 6 Uhr.
Sonntags 8 Uhr.

Halt! Wollen Sie die höchst. Tagespreise für
Altmetalle
Häute, Sack- u. Tuch-lumpen, Felle, Häute, Rosshaare und Wolle ergötzen? Da verkaufen Sie nur bei
Linial & Blutstein
Kutschstr. 19. Fernspr. 2251

Altmetalle
Alteisen
Tuchabfälle
Lumpen aller Art
kauft zu höchsten Tagespreisen
F. Hirschhorn
Magdeburg-Budau,
Martinstr. 19. — Fernspr. 5998.
Kaufe auch von Häutern. Jedes Quantum wird abgeholt.

Schafwolle
Felle und Häute,
Rosshaare und
Wolfe- u. Rosshaare
kauft zu höchsten Tagespreisen
F. Hirschhorn
Magdeburg-Budau,
Martinstr. 19. — Fernspr. 5998.

Sektflaschen
Weinflaschen
kauft und läßt abholen 6387
Alfred Zimmer
Schwertfegerstr. 13. Tel. 6629.
Polsterarbeiten werden reich u. preisw. ausgeführt. Wilm-Platz, Leipziger Str. 53. 6558

Quecksilber (kauft jedes Quantum)
Kloster-Drogerie (Magdeburg, Goldschmiedebriicke 24.)
Alt-Eisen (läßt abholen, auch kleinere Posten)
Alfred Zimmer (Schwertfegerstraße 13. Tel. 6629.)

Müllers Weindiele
Kabarett
— 2. Mar. —
Apfelstr. 9. Am Alten Markt

4-Uhr-Tee mit Künstler-Konzert.
Täglich
Abends 8 Uhr u. a.:
James Basch
Deutschlands bedeutendster Humorist u. Charakteristiker.
Fini Weisz
die brillante Wiener Stimmung-Soubrette.

Mokka-Kränzchen mit Künstler-Konzert
Rudi Weich bei freiem Eintritt.
Sonabend, 24. Januar
Ehrenabend für Bruno Wiesner.
Beginn pünktlich 8 Uhr.

Park-Lichtspiele
Wilhelmstadt (früher Luisenpark), Eingang Spielgartenstraße und Schrotestraße
Heute und folgende Tage
Hilde Wolter in dem Gekügten Filmschauspiel
DIE SIEGERIN
Regie: Paul von Woringen. 17
LOS NR. IIIII
Tolles Lustspiel in 2 Akten.
Wochentags 6 bis 10 1/2 Uhr
Sonntags . . . 3 bis 10 1/2 Uhr

Wilhelm-Theater
Dienstag 7 1/2 Uhr
Das Heiderstein blüht.
Mittwoch
Die schöne Spinne (Komm mit mir).
Montag den 26. Januar
Erstes Gastspiel Edward Rosen
Ein Waizertraum.

Preiserhöhung!!!
Brammardorfelle
Steinmardorfelle
Illistelle
Maniwurfselle
kauft laufend zu sehr hohen Preisen
Alfred Limmer
Schwertfegerstr. 13. Tel. 6629.
Preiserhöhung!!!

Fürstehof-Weinrestaurant.
Reichhaltige Mittag- u. Abendkarte
Gute Weine
Schrammel-Konzerte.
Sunel
7 1/2 Uhr:
Gr. Konzert
Geigen und Gebräute in bester Jüdischkeit.

Altmärker Hof
Erbsenberg 51
Seite Dienstag 8561 und morgen Mittwoch
Gr. Preis-Stat.
Jeden Dienstag
Preisstat
Restaurant „Insel“, Sudenburger Str. 19. 6544

Fürstehof-Prunkaal
— Genus 7758 —
7 Uhr
Die 12 Attraktionen!
u. a. 131
Hanusen Fregolia
10 Lorohs Erotos

Fürstehof-Diele
Genus 7248.
4-Uhr-Tee
Kapelle Kuruz.
8 Uhr:
Carl Bernhard
Alta Krugmann
Hans Schmitz
Hermann Rint
u. s. w.

Stephanshallen
Direktion Rich. Frohcz
10. Erstklassige
Variété-Vorstellung.
Eintrittspreise: Wochentags 1,00, Sonntags 1,50, dazu 20 Pf. Eintrittsteuer.
Welt-Panorama
Brettelweg 56, L.
Donau: Japan

Das Fünften-Café bildet das Tagesgespräch in Magdeburg!
Winter-Garten
Jeden Nachmittag: Vornehme Damen-Kaffee-Kränzchen.

Städtisches Orchester Hofjäger.
Mittwoch den 21. Januar 1920, abends 7 Uhr
5. Volks-Konzert
Leitung: Kapellmeister Blummann.
Eintrittskarten: Numerierte Plätze zu 2 Mk. und 1 Mk. bei Heinrichshofen und an der Abendkasse des Konzerttags im Hofjäger. 165

Hungernde Millionäre!
der Monumentalfilm
unsrer Zeit in 6 Riesenakten.
Hauptdarsteller:
Casar Grant . . . Ludwig Hartau
Robert Kraft, ein Arbeiterführer
Toni Zimmerer.
Große Erstaufführung für Magdeburg
nur noch bis Donnerstag in den
U.T. Lichtspielen U.T.
Gr. Storchstraße 7
Ia. Musik — Eigne Lichtanlage.
Niemand versäume, sich diesen gewaltigen Film anzusehen
Erhöhte Eintrittspreise! 13

Theater-Vereinigung des Westens.
Dienstag den 20. Januar, im Hohenzollernpark, Große Diesdorfer Straße,
Großer Theater-Abend.
Anfang 7 1/2 Uhr. — Saalöffnung 8 1/2 Uhr.
Ein toller Einfall
Lustspiel in 4 Aufzügen von Rati Paus.
Preis: Vorverkauf 1,70, Abendkasse 2,00 inkl. Steuer. Vorverkauf: Zigarrengeschäft Witwer, Diesdorfer Straße 71, Zigarrengeschäft Krügermann, Große Diesdorfer Straße 228, Nathes, Zinnstraße 45, L. und im Hohenzollernpark. 6569

Sozialdemokr. Verein
Magdeburg e. V.
Su dem am Sonnabend den 24. Januar im Gesellschaftshaus Friedrichstraße, Leipzigerstraße, stattfindenden
Winterbergnügen
ladet ergebenst ein
5563
Saalöffnung 8 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Alraune II.

Walhalla-Lichtspiele.
Der heilige Stand der Ehe
15
Drama in 4 Akten. Hauptrollen: Rosa Veidtkirch, Ludw. Hartau, Hans Tänzler. Spielleitung: Max Mack.
Auf vielseitigen Wunsch nochmals:
Das glänzende Filmustspiel in 4 Akten
Die Austerprinzessin
Regie: Ernst Lubitsch. Hauptrollen: Gasi Oswald und Harry Liedtke.
Wochentags 8-11
Sonntags 3-11

Stadttheater
Dienstag den 20. Januar
7. Abend. Braune Karten.
Der Erubadour.
Anf. 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.
Mittwoch Anfang 7 Uhr
Minna von Barnhelm.

Zentraltheater
Abendlich
7 Uhr 145
Die Faschingsfee.
Musik von E. Kalmán.

Zentraltheater-Restaurant.
Abendlich
ab 8 Uhr
Konzert
der Salon-Spelle des Zentraltheaters.
Auftreten von
Käthe Schmieden und
Otto Spielmann
vom Zentraltheater.
Reichhaltige Speisekarte.
Getränke aller Art.
... Billige Preise. ...

Stolze Schrey
Neue Lehrgänge
der
Stenographie-Schule
Magdeburger Stenographen-Verein u. Stolze-Schrey
in der
Schule Brandenburger Straße 8
Mittwoch den 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr,
für die Stadtteile
Friedrichstadt — Cracau — Prester
Schule Cracau, Burchardstraße
Dienstag, d. 20. u. Freitag, d. 23. Jan., abends 7 Uhr.

Raucht Bonitas!



WIRTIN
Beste Schuhcreme
Fabrikager: Viktoriastraße 5, am Hauptbahnhof. 4394
Ernst Feldganspan. — Fernsprecher 8108.

Alraune II.

Für Rosen- u. Kastanien-Felle
wieb. Preisermäßigung bei Alfred Limmer, Schwertfegerstraße 13. Telefon Nr. 6629.

Kesten, Jakobstr. 20, II
kauft alle Sorten 80
Felle und Häute
sowie Rosshaare zu hohen Tagespreisen. Kaufe auch von Häutern.

Volksstimme

Einzelpreis 20 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Emil Hiller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Baunack & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprechnr. 1111. Für Zinse 1917 für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 1911. Verteilungssätze 1. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich einchl. Zustellung 4,75 Mk., monatlich 2,25 Mk. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 4,30 Mk., monatlich 2,10 Mk. Bei den Botenstellen vierteljährlich 4,75 Mk., monatlich 2,25 Mk. ohne Zustellung. Einzelheft 10 Pf. — Anzeigenpreise: die gewöhnliche Kontorzeile 30 Pf., im Restanetell Seite 2.00 Mk., Vermerkseltendruck Seite 30 Pf. Anzeigen-Abgabe nach Vereinbarung, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postkontonr. Nr. 5284 Berlin.

Nr. 17.

Magdeburg, Mittwoch den 21. Januar 1920.

31. Jahrgang.

Das Zentrum.

Der Zentrumsparkeitag, der am Sonntag in Berlin begonnen hat, erinnert zur rechten Zeit daran, daß es jenseits des Streites zwischen Sozialdemokraten und Bolschewisten noch andre innere politische Probleme in Deutschland gibt, die man nicht dadurch aus der Welt schaffen kann, daß man sie einfach ignoriert. Trotz des gewaltigen Anwachsens der Sozialdemokratie haben die Wahlen vom Januar 1919 noch immer eine beträchtliche bürgerliche Mehrheit ergeben, und in dieser Mehrheit ist das Zentrum die stärkste Partei.

Die bürgerliche Mehrheit war geblieben, aber sie ist nach den Wahlen nicht in Erscheinung getreten, weil Zentrum und bürgerliche Demokratie mit den Resten des reaktionären Nationalismus nichts zu tun haben wollten, sondern

sich auf das Regierungsschiff retteten,

das die Sozialdemokratie steuerte. Eine bürgerliche Mehrheit wäre eine monarchistische Mehrheit geworden, und die Hauptstützen des alten Regimes, die Schuldigen des Krieges und der Niederlage, hätten in ihr die Führung gehabt. Die Ausichten, die sich daraus ergaben, waren für das Zentrum so abschreckend, daß es lieber eine Revision seiner Grundzüge vollzog und der Sozialdemokratie half, den Ausbau der deutschen Republik durchzuführen und zu sichern. Wenn einmal die Geschichte der deutschen Novemberumwälzung geschrieben werden wird, so wird es für den Geschichtsschreiber eine reizvolle Aufgabe sein zu untersuchen, wie zwei bis dahin monarchistische Parteien zu Stützen des republikanischen Neuaufbaues werden konnten, wir glauben heute schon sagen zu dürfen, daß in seinem Urteil die politische Geschicklichkeit, mit der die Sozialdemokratie damals zu diesem Zweck operierte, nicht schlecht abschneiden wird.

Es ist selbstverständlich, daß sich eine solche Umstellung nicht ohne innere Reibungen

vollziehen kann, selbstverständlich, daß es im Zentrum Kreise gibt, die sich mit der republikanischen Orientierung ihrer Partei nicht so leicht abfinden können und die der früheren Kampfgemeinschaft mit der Rechten ein wehmütiges Andenken bewahrt haben. Sich mit ihnen auseinanderzusetzen, ist die Aufgabe des Parteitage, und es will nicht scheinen, als ob jene Elemente die Oberhand gewinnen könnten. Ihr bloßes Vorhandensein muß aber auch für uns ein Warnungszeichen sein.

Die Koalition mit dem Zentrum und der bürgerlichen Demokratie war notwendig, um die Regierung auf eine breite parlamentarisch-demokratische Grundlage zu stellen und zunächst über die allergrößten Schwierigkeiten hinwegzukommen. Zu diesen Schwierigkeiten gehört unter anderem auch — es wäre unnützlich, dies zu verschweigen — der Mangel an geeigneten Persönlichkeiten, um alle wichtigen Stellen der Regierung und der Verwaltung zu besetzen. Und dabei ist doch

die Sozialdemokratie der Niese

unter den heute vorhandenen Arbeiterparteien, und ihr Reichtum an geistigen Kräften ist im Vergleich zu den anderen unendlich groß. Der Optimismus der kleinen Gruppen, die alles allein machen wollen, ist wahrhaft zu beneiden, er würde aber, wenn er auf die Probe des Regierens müßte gestellt würde, geradezu groteske Erfahrungen machen.

Ist also die Koalition aus den verschiedensten Gründen eine augenblickliche Notwendigkeit, so wäre es doch grundsätzlich falsch, an ihre ewige Dauer zu glauben. Vor einem solchen Glauben müssen uns schon die unterirdischen Strömungen im Zentrum warnen. Ein Rechtsabwenden dieser bürgerlichen Partei ist ein Ereignis, das im Laufe der Zeit mit nicht geringer Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist. Dann bleiben die Möglichkeiten einer sozialistischen Mehrheitsbildung oder einer demokratisch-sozialdemokratischen Mehrheit oder schließlich die einer rein sozialdemokratischen Mehrheit. Auf alle Fälle muß sich die

Sozialdemokratie sehr stark erhalten,

wenn sie der Möglichkeit einer bürgerlichen Mehrheitsbildung unter monarchistisch-nationalistischer Führung auf die Dauer einen Niegel vorschleichen will.

Man darf auch nicht übersehen, daß die Parteitage des zur Regierungspolitik stehenden Abgeordneten Trimborn in bezug auf die Stellung der Partei zur Republik mit größter diplomatischer Vorsicht abgefaßt ist. Sie enthält eigentlich gar kein direktes Bekenntnis zur Re-

publik, sondern sie begnügt sich damit, den Versuch, die Monarchie auf dem Wege des gewalttätigen Umsturzes wieder einzuführen, nachdrücklich abzulehnen. Auf verfassungsmäßigem Wege könnte die Monarchie wieder eingeführt werden, zwei Drittel des Reichstags und des Reichsrats oder die Mehrheit aller bei einer allgemeinen Volksabstimmung stimmberechtigten Volksgenossen für sie gewonnen sind. Den Weg zu einer solchen verfassungsmäßigen

Wiedereinführung der Monarchie

will Trimborn dem Zentrum nicht verbauen, und es ist selbstverständlich, daß es auf ihm dem allerhöchsten Widerstande der Sozialdemokratie begegnen würde.

Dazu treten die starken agrarischen und partikularistischen Strömungen. Die ersten führen zu einer unmittelbaren Interessenverbindung mit der Rechten, die zweiten werden von dieser aus Gründen einer skrupellosen Taktik gefördert.

So fehlt es nicht an Anzeichen, die die Sozialdemokratie zur schärfsten Vorsicht auffordern. Die Sozialdemokratie hat allen Grund, sich das Faustwort im Gedächtnis zu halten: „Werd ich beruhigt je mich auf ein Faulbett legen, so sei es gleich um mich getan!“ Die Koalition darf für die Sozialdemokratie nicht zu einem Faulbett werden, indem sie ihre eigene Aufgabe vergißt, stärker und stärker zu werden, bis sie ihre Grundzüge, ohne Bindung an Koalitionsbedürfnisse und taktische Bedenken, vollständig durchzusetzen imstande ist.

Die Lehren des blutigen Dienstag.

In der „Welt am Montag“ schimpft der lattsam bekannte „Mehrheitssozialist“ Hans Reuß in jeder Woche mächtig über die Mehrheitssozialisten. Sie können ihm nichts recht machen, an allen ihren Taten muß er herumräkeln. Er glaubt, auf diese Weise die Partei wieder auf den „rechten Weg“ zurückzubringen. Daß ihm das zum Teil schon gelungen ist, bestätigt er selbst in der letzten Ausgabe der erwähnten Zeitung. Er schreibt dort: „In der S. P. D. war alles auf dem Wege der Rückkehr zu den großen Ueberlieferungen der Sozialdemokratie. Man konnte von Woche zu Woche das Wachsen dieser Bewegung verfolgen.“

Und nun jammert er Stein und Bein, daß die bösen Unabhängigen, denen er sonst so nahe steht, in tölpelhafter Weise sein gutes Werk wieder zertrümmert haben. Er klagt:

Da reitet einen Teil der radikalsten Führer die Narrenheit. Für die Stimmen der Vernunft taub, für den wahren innern Gang der Dinge blind, vollkommen vernarrt in ihre Ideen, erneuern sie die ärgsten Dummheiten aus der Geschichte der Revolution! Veranstalten sie eine Demonstration, die unzweifelhaft von vornherein so angelegt war, daß sie nicht nur eine Belagerung, sondern auch eine Vergewaltigung der Nationalversammlung werden mußte. Die Veranstaltung erinnert an jene Ereignisse in der großen französischen Revolution, an die Belagerung des Parlaments, eine der Wurzeln der Reaktion, die Aufrichtung des Kaiserreichs.

Uns ist dieses Zeugnis über die Absicht der Unabhängigen am blutigen Dienstag außerordentlich willkommen. Mit aller Deutlichkeit bestätigt hier der „mehrheitssozialistische“ Freund der Unabhängigen, was diese so tapfer bestreiten, daß nämlich nichts anderes beabsichtigt war, als die Sprengung der Nationalversammlung. Daß etwas Großes geplant war, geht auch schon aus der Tatsache hervor, daß zur Ueberraschung aller Besucher des Parlaments am Dienstag und gegen alle Tradition die gesamte Fraktion der Unabhängigen im Sitzungssaal anwesend war, und darüber hinaus noch eine Zahl anderer Größen der U. S. P. Ohne Zweifel hat man geglaubt, der große Wurf würde gelingen, man könne die Nationalversammlung auseinanderjagen und dann eine Räteregierung bilden.

Hans Reuß will damit nichts zu tun haben. Er schimpft heute genau so über die Veranstalter dieser Demonstration wie sonst über Noske. Nachdem er in eingehender Weise geschildert hat, welche Vorteile die Reaktion von solchen Vorgängen und ihren Folgen hat, schreibt er:

Ihr verbündeter Widerpart ist genau so tödlich wie sie, und daß es möglich ist, durch den innern Zusammenhang der innern Gegensätze einen Teil der Massen zum Werkzeug ihrer Todfeinde zu machen, das ist jene harte Probe für unsereinen, von der ich oben gesprochen habe. Wir bestehen auch diese Probe, denn wir wissen, daß sogar dieser verrückte Mißbrauch der Massen an der Weständigkeit der Entwicklung aufgehoben wird, die über alle Zwischenfälle und Widerstände

triumphiert. Aber es ist doch hart, wenn Narren einem die Arbeit verhungern, die man im Dienste der Masse, ihrer Freiheit, ihrer Kraft, ihres Lebens leistet; wenn eben in dem Augenblick, in dem eine große Umkehr in der S. P. D. einen gewaltigen Fortschritt dieser Arbeit verheißt, die Narrenheit auf den Plan tritt und Gustav Noske wieder in den Sattel setzt. Wie eilig haben es die Toren gehabt, den eben erst mühsam entthronten Belagerungszustand zur Nacht zurückzuführen! Welch eine teuflische Freude haben sie ihren Todfeinden bereitet!

Wir haben dem nichts hinzuzufügen, erkennen aber freudig an, daß die Vorgänge vor dem Reichstag selbst einem Hans Reuß eine Lehre gewesen sind. Möge er daraus die Konsequenzen ziehen und in Zukunft mehr als bisher die Verhältnisse berücksichtigen und danach urteilen. Den Massen Schmeicheleien zu sagen und ihnen Versprechungen zu machen, von denen man bestimmt weiß, daß sie unerfüllbar sind, ist nicht ehrlich und schafft nur heillose Verwirrung und ist die Quelle des Bürgerkriegs.

Mögen alle Leute, die mit den heutigen Verhältnissen nicht zufrieden sind, und die in vollständiger Verleugnung der Tatsachen ihre Genossen in der Regierung und der Gesamtpartei die Schuld für alles zuschieben, endlich erkennen, daß nicht gedankenlos Kritikieren, sondern nur eingehende Würdigung der Verhältnisse und der ganzen verfahrenen Situation, in der wir uns heute befinden, daß nur Geschlossenheit und kräftiger Widerstand nicht nur gegen die Reaktionen, sondern auch gegen die „Tölpel“ von links, die da glauben, mit Blut ihre neue Herrschaft zu gründen, dem Bürgerkrieg ein Ende bereiten kann. Nur wenn alle Kräfte sich zusammensetzen zur Stärkung der wiederemachenden Vernunft, nur wenn jeder an seinem Arbeitsplatz seine Pflicht und Schuldigkeit tut, nur wenn alle sich zum Schützer der Demokratie aufwerfen, nur dann können wir die kaum geschaffenen Grundmauern der jungen Republik festigen und auf ihnen das neue Gebäude eines freien und glücklichen Deutschlands errichten.

Die Brüder.

Die „Tägliche Rundschau“ eilt den unabhängigen Veranstaltern des Reichstages vor dem Reichstag mit großem Eifer zu Hilfe. Wir denken nicht daran, es den Rechtsparteien zu verübeln, wenn sie das schamlose Treiben der Verbrecher unter den von der U. S. P. aufgeborenen Massen für ihre reaktionären Zwecke auszunutzen. Wenn z. B. die „Deutsche Tageszeitung“ behauptet, dies sei die erste Frucht des Betriebsrätegesetzes, aber es werde unter diesem Gesetz noch ganz anders kommen, so ist das nur natürlich. Auch die U. S. P. und die Kommunisten können sich keinen Augenblick darüber im Zweifel gewesen sein, daß sie durch ihre Taktik den Bemühungen der Sozialdemokratie um Verbesserung des Betriebsrätegesetzes direkt zuwiderhandelten.

Aber die „Tägliche Rundschau“ greift die Ereignisse von einer andern Seite aus an! Sie behauptet, vor 6 Jahren hätte die Sozialdemokratie einen solchen Krawall mit Inszenierung, hätte sie ebenfalls das Militär, das lediglich seine Schuldigkeit getan habe, als Mörder und Bluthunde ausgeschrien und die Regierung beschimpft, welche die Ordnung selbst mit Waffengewalt aufrechtzuerhalten angeklagt hätte. „Wenn das vor 6 Jahren, in den Zehnertagen, wenige Monate vor Ausbruch des Krieges, vom Regierungskreis aus gesagt worden wäre, so hätte Herr Bauer vom Parterre aus gebrüllt wie ein Stier, mit ihm all die Seinen und dazu noch Fehrenbach.“

Das ist genau dasselbe, was der Abgeordnete Gente auch sagt. Was wünschen sich denn die Unabhängigen mehr als den Beweis, daß die Sozialdemokraten andre geworden sind als früher, und jetzt verbrinnen, was sie damals angebetet haben.

Die Wahrheit ist freilich ganz anders. Vor 6 Jahren hatten wir dreifache parlamentarische Gewalt, die brutale Beschimpfung des Volkes ohne jeden Grund, wie der „Wacker“ in Zabern, und wüste Schandthaten. Heute haben wir den demokratischen Staat. Die Regierung ist legitimiert durch den Willen des Volkes. Noch in diesem Jahre wird neu gewählt; wenn das Volk will, bekommt es eine andre Regierung. Niemand braucht mehr zu den Waffen zu greifen, der nicht mit der Mehrheit die Mehrheit brutalisieren will; sonst kommt jeder mit dem gleichen Recht zu seinem gerechten Anspruch.

Damals, vor 6 Jahren, hat die Sozialdemokratie diesen Demonstrationen veranstaltet. Stundenlang zogen die Jüde durch die Straße trotz Polizei und Militär. Aber nicht eine Fensterscheibe ist damals zerbrochen worden. Die Partei hatte durch ihre Ordner dafür gesorgt, daß keine unlauteren Elemente sich ein-

mitteln, oder daß sie sofort unerschütterlich gemacht würden. Die Masse selbst hielt straffe Disziplin und war stolz darauf, nicht mit dem Kistzeug der Barbaren und auch nicht mit dem Kistzeug der modernen Kriegstechnik zu kämpfen, sondern nur des Gefechts Schwert und des Meuchel Panzer zu schwingen. Gestern vor dem Reichstag sah es ja wohl etwas anders aus.

Damals gewaltlose Willenskundgebung gegen eine brutale Gewaltherrschaft der Minderheit, heute eine gewalttätige Kundgebung der brutalen Minderheit gegen die Herrschaft der Mehrheit — der Unterschied ist nicht weniger als riesengroß. Und wie hat sich die „Goldnestta“ benommen? Erst als sie einen Toten und mehr als ein Duzend Verwundete hatte, hat sie zur Waffe gegriffen. Nicht um sich zu schützen, sondern zum Schutze des Hauses, in dem die Erwichenen des Volkes tagten. Gäße die alte Polizei solche Rammgebäude jemals an den Tag gelegt, ihr Führer wäre mit Schimpf und Schande aus dem Amte gesagt worden, weil er unentschlossen seine Dienstinstruktionen vernachlässigt hätte. Heute aber übernimmt der Minister seine die Verantwortung für die beispiellose Gewalt der Sicherheitspolizei, heute werden die Führer der Schutztruppe des Reichstags dafür belobt, daß sie bis zum äußersten Nachsicht und Selbstbeherrschung an den Tag gelegt haben.

Aber was schützt das alles die „Königliche Rundschau“? Sie muß in Ermanglung der verbotenen kommunistischen Gehälter den rabaudischen Elementen einen neuen Antrieb geben; denn auf diesen beruht ja die stärkste Hoffnung der Reaktion. Sie muß mit dem Feuer neuer Putzsch, neuen Blutvergießens spielen, denn sie treibt ja deutschnationale Katastrophopolitik, die da lehrt, daß je schlimmer es werde, um so besser die Aussichten seien, daß es wieder gut (im reaktionären Sinne) werde. Wir aber halten dieses verlogene Erleben für ebenso gemeingefährlich wie das der traurigen unabhängigen Heiben, die in der Nationalversammlung Sieg oder Tod schreien und im gleichen Atemzug jede Verantwortung für die blutigen Zusammenstöße ablehnen. Folgt das deutsche Volk diesen Demagogen von rechts oder links, so wird es zugrunde gehen. Aber demokratische Festigkeit kann es retten.

Wilhelms Auslieferung verlangt.

Die Note, die der Oberste Rat der Alliierten an die holländische Regierung gerichtet hat, um die Auslieferung Wilhelms von Hohenzollern zu verlangen, ist am 16. Januar datiert und noch von Clemenceau unterzeichnet. Sie hat folgenden Wortlaut:

Mit dem vorliegenden Schreiben an die königlich niederländische Regierung notifizieren die Mächte den Text von Artikel 227 (beiliegend beglaubigte Kopie) des am 10. Januar in Kraft getretenen Friedensvertrags mit Deutschland. Sie haben gleichzeitig mitgeteilt, daß sie beschließen haben, unverzüglich die Verfügungen dieses Artikels durchzuführen. Infolgedessen richten die Mächte das offizielle Ersuchen an die Regierung der Niederlande, ihnen den

ehemaligen deutschen Kaiser

Wilhelm von Hohenzollern zur Auslieferung auszuliefern. Die in Deutschland wohnhaften Personen, gegen die alliierten und assoziierten Mächte Klagen erheben, müssen ihnen gemäß Artikel 228 des Friedensvertrags unter den gleichen Bedingungen von der deutschen Regierung ausgeliefert werden. Die niederländische Regierung ist daran interessiert, daß die reichlich überlegten Verfügungen der internationalen Verträge und die systematische Wahrung der heiligsten völkerrechtlichen Bestimmungen in Bezug auf alle einschließlich der hochgestellten Persönlichkeit, die durch Friedensvertrag vorgesehene besondere Wahrung erhalten.

Die Mächte erinnern kurz an die unter so vielen Verbrechen erfolgte Verletzung der Neutralität Belgiens und Luxemburgs, an das barbarische und unerbittliche System von Geiseln und Massen deportations, an die Entfernungen der jungen Mädchen aus Lille, die ihren Familien entrissen und ohne Schutz dem schlimmen Zusammenleben beider Geschlechter überliefert wurden, an die systematische Verwüftung ganzer Gegenden ohne militärische Notwendigkeit, an den unausgesprochenen U-Bootkrieg und an das unmenschliche „M-Stich-Lassen der Opfer auf hoher See, sowie an die Taten gegen die Nichtkämpfenden, die von den deutschen Behörden als gegen die Kriegsgesetze verstoßend anerkannt wurden.

Für alle diese Taten geht die Verantwortlichkeit, wenigstens die moralische,

hin auf bis zu den obersten Führer,

der sie ermöglicht oder seine Befugnisse mißbraucht hat, um das heiligste Empfinden des menschlichen Gewissens zu verletzen oder zu verletzen zu lassen.

Die Mächte können es sich nicht vorstellen, daß die Regierung der Niederlande daran denken könnte, die von dem ehemaligen deutschen Kaiser für sich geladene schwere Verantwortung auf sich zu nehmen. Holland würde seine internationalen Pflichten nicht erfüllen, wenn es sich nicht den andern Mächten anschließen würde, um die begangenen Verbrechen zu verfolgen oder wenn es ihre Bestrafung hindern würde.

In dem dieses Ersuchen an die niederländische Regierung gerichtet wird, glauben die Mächte, dessen besonderer Charakter herabsetzen zu müssen. Sie haben die Pflicht, die Ausführung des Artikels 227 sicherzustellen, ohne sich dabei durch ein Argument aufhalten zu lassen, weil es sich

nicht nur um eine persönliche Anklage

von gewöhnlichem juristischen Charakter, sondern auch um eine internationale Aktion handelt. Sie durch das Volksgewissen gebieterisch gefordert wird. Die vorgezeichneten Rechtsnormen bieten mehr Garantie als das bisher geltende Recht. Die Mächte gegen die Überzeugung, daß Holland, das seine Achtung vor dem Recht und der Gerechtigkeit bewiesen hat und als eine der ersten Mächte im Völkerverband einen Platz forderte, nicht durch seine moralische Autorität die Vergewaltigung der wesentlichsten Grundzüge der internationalen Solidarität der Nationen denken wollen wird, da es wie alle andern ein Interesse daran hat die Rückkehr einer solchen Katastrophe zu verhindern. Die holländische Regierung ist in hohem Maße daran interessiert, nicht den Schein zu erwecken, als ob sie der Haupt Urheber beschützen, indem sie ihm Zuflucht auf ihrem Gebiet gewähre, sondern den Anschein, daß sie das Gericht, das von Millionen von Stimmen von Lippen verlangt wird, erleichtert.

Der „Vorwärts“ erinnert daran, daß die Note von Clemenceau genau einen Tag vor seinem endgültigen Sturz unterzeichnet wurde. Weiter sagt das Blatt dazu: „Die Nachhaber der Entente stehen im Begriff, das holländische Recht zu beugen, mit andern Mitteln das zu tun, was sie dem früheren deutschen Kaiser mit dem Einbruch in Belgien vorwerfen. Die deutsche Regierung hat die Rechtsgarantien dafür geschaffen, daß Wilhelm Hohenzollern wie alle übrigen von der Entente als Schuldige noch zu bezeichnenden Personen vor einem deutschen Gericht sich zu verantworten haben; die deutsche Regierung hat der Entente ferner einen unerschütterlichen

Einfluß auf den Gang und die Unparteilichkeit des Verfahrens durch Zulassung von Vertretern eingeräumt. Die deutsche Regierung ist weiter gegangen als die serbische im Juli 1914. Es nicht alles nichts. Die Herrscher Frankreichs und Englands vergessen alle ihre Rechtschwüre und beachten nur die Machegelüste ihrer aufgewecktesten Nationalisten und Zingos. Durch ihre schroffe Verweigerung der Auslieferung stürzen sie die deutsche Republik in die schwersten inneren Gefahren. Die Auslieferung Wilhelms, die Verhandlung gegen ihn und seine Verurteilung werden die Reihen der Gegner der Republik gewaltig stärken. Das eine Interesse der Entente verlangt aber, daß sie uns heftiglich ist, eine Brücke zu schlagen, um die Gefahr des Absturzes zu vermeiden.

Die Stunde der Angst.

Auf dem Zentrumsparlament hat Erzberger gegenüber Angehörigen der Teilnahme des Zentrums an der Unterzeichnung des Friedens sehr interessante Mitteilungen gemacht über die Vorgänge in der kritischen Woche in Weimar. Er führte unter anderem aus:

Ueber die „unsichere Haltung“ zur Friedensfrage wird man nur dann zureichend urteilen können, wenn man die ganzen Vorgänge im Juli 1919 kennt. Die Regierung hatte in der Nacht zum Freitagmorgen bis morgens um 5 Uhr getagt. Das Ergebnis war das Auseinanderfallen in zwei gleiche Hälften. Sieben Stimmen für Unterzeichnung des Friedens, sieben Stimmen dagegen. Eine Regierung war nicht mehr vorhanden. Die Demokraten verboten es ihren Mitgliedern sogar, als Einzelpersonen in das neue Kabinett einzutreten. In einer Sitzung der Staats- und Ministerpräsidenten der Länder fiel die Entscheidung für die Unterzeichnung. Denn die Vertreter Hessens, Württembergs, der mitteldeutschen Staaten und alle andern erklärten: Wir bleiben Euch treu, auch wenn Ihr nicht unterzeichnet, aber nach 48 Stunden sind wir bereit; dann unterzeichnet jeder für sich einen Separatfrieden, der viel schrecklicher wäre, als der Vertrag von Versailles. Die Hoffnung, eine Mißregierung in den Ehrenpunkten zu erzielen, beruhte auf Verhandlungen mit Franzosen und Italienern. Die Verhandlungen boten alle Aussicht. Aber die Vernehmung der Kabinen in Berlin und die Tat von Scapa Flow veränderten die Lage.

In der Sonntagnacht traf das Telegramm ein, daß die Entente auf der unveränderten Unterzeichnung bestehe. In der Fraktionsversammlung des Zentrums erklärte am Montag der Reichswehrminister, er könne keine Garantien für die Treue der Reichswehr übernehmen, wenn der Friede unterzeichnet werde. Derselbe Erklärung haben zwei Militärbeisitzer beigefügt. Angesichts dieser Tatsache glaubten wir, daß doch alles verloren sei, die Unterzeichnung nicht verantworten zu können. In dieser Überzeugung gingen wir aufs Schloß. Die endgültige Wendung brachte 1. eine Oberliche Erklärung, die für die Reichswehr bürgte, und 2. die Tatsache, daß die Minderheitsparteien — es war mittags 1 Uhr, und um 6 Uhr lief das Ultimatum ab — auf die Frage, ob sie die Regierungsbildung übernehmen wollten, Auskünfte stellten. So kam die Vermittlung zustande, bei der sich die Minderheitsparteien verpflichteten, bestimmte Erklärungen abzugeben, um eine Verdächtigung der Männer auszuschießen, die das Opfer der Friedensunterzeichnung trachten. Diese Erklärungen sind abgelesen worden, und diese dokumentarischen Erklärungen müssen Sie brauchen im Laufe lebend um die Ohren schlagen. Der es wagt, unrechtmäßige Motive anzuzweifeln. Damals war eine Stunde der Not und der Angst. Die Deutschnationalen haben sogar auf die unentschiedene Abstimmung verzichtet, damit die Kritik nicht verstimmt werde. Wir muhten, daß wir der Verleumdung nicht entgegen werden. Aber Gräber hat damals in der Fraktionsversammlung erklärt: Wenn die ganze Partei zugrunde geht, das Vaterland muß gerettet werden.

Diese interessanten Erinnerungen dürften besonders den Deutschnationalen sehr unangenehm in den Ohren klingen.

Die schweren Tage.

Die bittersten Tage des Friedens sind nunmehr gekommen. Ein Stück deutsches Land nach dem andern muß geräumt und feindlicher Sereenmacht preisgegeben werden. Unschicksal nach dem, die wenigstens durch Abstimmung über ihr Schicksal entscheiden können; die meisten werden einfach durch fremde Gewalt ins Reich gebeugt. Wir wollen hoffen, daß bei den Abstimmungen in Nordschleswig, Oberschlesien und Südpommern wie auf dem westpreussischen Abstimmungsgebiet bei Marienwerder und Marienburg jeder Deutsche seine Schuldigkeit tut. Wer dort geboren ist, muß zur Abstimmung zur Stelle sein, um das Land seiner Geburt für Deutschland zu erhalten.

Inzwischen bleibt in diesen trüben Tagen der einzige Trost, daß endlich die ersten Pöge abgefahren sind, um unsere Gefangenen aus Frankreich zurückzuholen. Sie kommen in ein geschlagenes, niedergerbrochenes Land, selbst geschlagen und niedergerbrochen durch viele jährige Kerkerhaft hinter Drahtgittern. Land und Volk müssen sich in hingebender Arbeit und starrer Selbstzucht allmählich wieder aufrichten. Die Weltgeschichte ist mit dem Januar 1920 nicht zu Ende. Das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes wird sich durchsetzen und so rascher, je rascher das deutsche Volk sich selber wiederfindet.

Die Zeitungsverbote.

Die Regierung hat seit dem blutigen 19. Januar eine Reihe von kommunistischen und unabhängigen Zeitungen verboten, die „rote Fahne“, die „Freiheit“, die „Leipziger Volkszeitung“ und neuerdings auch die beiden unabhängigen Blätter in Halle und Leipzig. Am Montag nahm eine Versammlung der Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger in Berlin Stellung zu diesen Verboten und faßte einstimmig folgenden Beschluß:

Wenn auf Grund des Ausnahmezustandes Zeitungen verboten werden, so dürfen diese Verbote doch niemals ohne Begründung und ohne Befristung erfolgen.

Es geht ferner nicht an, ohne die Möglichkeit richtigerlicher Nachprüfung Maßnahmen zu treffen, die der Verhängung von Strafen gleichkommen und bis zur wirtschaftlichen Vernichtung der Zeitungsverlage einschließlich ihrer Redakteure, Angestellten und Arbeiterchaft gehen.

Die Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger, in der Zeitungen der verschiedensten politischen Richtungen vertreten sind, verlangt einmütig von Regierung und Parlament Garantien, die die Presse und das Zeitungsvergewerbe vor einem Zustand völliger Resignation schützen.

Zeitungsverbote sind mindestens so unerfreulich als Verbote überhaupt. Unerfreulicher aber noch sind immer die Ursachen, die zu Verboten föhren. Ein Verbot ist in einem Staate mit republikanischer demokratischer Verfassung immer die Folge des Mißbrauchs einer Freiheit. Wenn der einzelne in der Ausübung seiner Handlungsfreiheit rücksichtslos über seinen Nachbar hinwegtritt, der für sich auch die Wohltat der Freiheit beanspruchen muß und dadurch verletzt wird, so muß eine Schranke aufgerichtet werden. Die Pressefreiheit, das Recht der freien Meinungsäußerung ist ebenfalls an gewisse Grenzen gebunden, die durch die Bedürfnisse der staatlichen Ordnung gegeben sind. Der Staat, also das Volk, will die freie Meinungsäußerung, sie ist das notwendige Korrektiv, der große Anreger, der fruchtbarste Kritiker, der Weferezer und Förderer des gesamten staatlichen Lebens. Der Freiheit halber benennen wir die Pressefreiheit und „Recht der öffentlichen Kritik“, darin liegt die Verpflichtung zur Sachlichkeit! Wo die Pressefreiheit zur Pressefreiheit wird, gibt das Strafgesetzbuch die Mittel zum Schutz öffentlicher und privater Interessen. Soweit also kann man der obenstehenden Resolution zustimmen.

Bei dem Verbot der linksradikalen Blätter handelt es sich aber gar nicht um den Mißbrauch der Pressefreiheit im oben behandelten Sinne. Nicht gegen einen Mißbrauch des Rechtes der öffentlichen Kritik ist eingeschritten worden, sondern gegen die systematische verbrecherische Organisation von Putschgen gegen die öffentliche Ordnung, die durch diese Blätter gefokt worden ist. Das gehört nicht mehr zum Kapitel Pressefreiheit!

Wenn man die Arbeitermassen vor den Reichstag hebt und ein Blutbad provoziert, so ist dabei, wie die Zeitungsverleger wohl auch wissen, nicht die Absicht, Kritik zu üben, sondern der gewaltsame Umsturz der Zwed. Dagegen muß sich jeder Staat schützen. Wenn die Blätter nicht verboten und der Belagerungszustand nicht verhängt worden wären, so hätte, bis der Prozeß gekommen wäre, Berlin kopf gestanden. Dann hätten die Zeitungsverleger — wie damals im Januar 1919 — wohl andre Gesicht gemacht.

Wer an die Gewalt appelliert, gegen den ist mit schönen Mahnworten nicht mehr aufzukommen. Gegen Gewalt gibt es nur Gewalt. Wer dabei das Uebergewicht hat, ist Herr der Situation. Im Interesse des Volkes wünschen wir, daß die Regierung das Uebergewicht nicht an die Unabhängigen und Kommunisten gibt und daß sie alles Erforderliche tut, um das ruhige Leben des Volkes zu schützen.

Die Existenz der Volksgesamtheit steht dabei höher als andre Rücksichten.

Das Verbot der Blätter hat natürlich keinen Ewigkeitscharakter. Wir sind überzeugt, daß die Regierung, sobald sie die im öffentlichen Interesse nötigen Garantien dafür hat, daß die Blätter sich im Rahmen der Pressefreiheit künftig halten werden, mit Freuden das Verbot aufheben wird.

Der Prozeß gegen Eisners Mörder.

Aus München wird uns geschrieben:

Auch in politischen Prozessen treten soziale Gegensätze zutage. Der 23jährige Graf v. Arco-Valley offenbart in seinem Auftreten eine echt aristokratische Gesinnung. Er beschönigt seine Tat nicht, sondern erklärt, sie in Erfüllung einer sittlichen Pflicht vollbracht zu haben. Sie habe ihm geboten, den „Verräter“ des Staates und Begünstigter weiterer revolutionärer Pläne zu beseitigen. Einer mußte das tun! Zugleich wollte er die ihm bekannte Herzsprung des Landtags und weiteres Blutvergießen verhindern. Mitwisser der von ihm geplanten Tat habe er nicht, was auch durch die Verhandlung bestätigt wurde.

Arco ist von kleiner Figur; seine Ausführungen erweckten den Eindruck einer willensstarken Persönlichkeit, zugleich aber einer ausgesprochenen Fremdbheit aller politischen Begriffe. Daher vermied er die Betonung irgendwelcher politischen Motive; er sah in Eisner nur die Verkörperung alles dessen, was dem Vaterland „schädlich“ war. Die Motive seiner Tat laufen fast parallel mit denen Lindners, der Auere lösen wollte, weil er ihm ebenfalls als ein „Verräter“ — der Arbeiterklasse und der Revolution erschien. Er wollte die Volkserziehung auseinanderzagen, Arco sie beschützen. Beide entpuppten sich als Nichtpolitiker und gewalttätige Naturen, die sich berufen fühlten, der eine das Vaterland, der andre die Revolution zu retten.

Bei Arco kommt der Einfluß der sozialen Umwelt noch klarer zum Ausdruck als bei Lindner. Ein junger Aristokrat, in den Vorurteilen seines Standes erzogen, wird von der Schule weg in den Krieg gestoßen, wo er nichts kennen lernt als brutale Gewalt, Vernichtung von Menschen, und von dort in den Gefängnis der Münchner Revolution. Er sieht keinen andern Ausweg mehr als die Beseitigung Eisners. Wenn man sich nun erinnert, welche gemeinen Verleumdungen vom 8. November 1918 an gegen Eisner in den „bessern“ Kreisen der Münchner Gesellschaft kolportiert wurden, wenn ein junger unerfahrenen Mensch über ihn nichts andres hört, als daß er ein Dieb, ein bestochener Agent der Entente und sogar ein Jude sei, in seinen Privatverhältnissen aber so niedrige Gesinnung offenbare, wie sie die bessere Gesellschaft nur verzeiht, wenn es sich um eines ihrer Mitglieder handelt, so braucht man sich über den Einfluß dieser Umwelt nicht zu wundern.

Arco ist zum Tode verurteilt worden, weil das Strafgesetz kein andres Urteil zuläßt. Aber die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung haben auch hier wieder die Umwandlung der Todesstrafe in Freiheitsstrafe beantragt und damit mehr Erfolg gehabt als in dem Falle Reviné-Missen. Damals wurden sie von den nichtsozialistischen Mitgliedern der Regierung überstimmt. Diesmal stimmten auch diese für die Umwandlung in lebenslängliche Festungshaft. Wenn nun die Todesstrafe im Falle Arco nicht vollstreckt wird, so ist sehr gegen eins zu wetten, daß die linksradikalen Schreier hieraus zweierlei Recht — für Grafen und für Arbeiter — konstruieren, an dem die Sozialdemokratie in erster Linie die Schuld trägt. Demgegenüber muß im vorhinein festgestellt werden, daß wir bei jeder Gelegenheit unsere Gegnerchaft gegen die Todesstrafe bekundeten und nichts dafür können, wenn sich die Mehrheit der Nationalversammlung nicht in diesem Sinne entscheidet. Der Freistaat sollte nicht warten, bis die Herren Mörder mit der Ab-

Provinz und Umgegend.

Kreis Wangleben.

Klein-Otterleben, 20. Januar. (Generalversammlung) des Sozialdemokratischen Vereins am Mittwoch den 21. Januar, abends 7 Uhr, bei Emil Schilde. —

Langenweddingen, 20. Januar. (Die Volkshochschule) wurde am Sonntag nach einleitenden Worten des Lehrers Weiler mit einem Vortrag des Vorkampfers (Quedlinburg) über „Das Werden der Welt“ eröffnet. Der nächste Vortrag wird durch Prof. Dr. Kretschmer gehalten. — In der Gemeindevertreter-Sitzung wurde über die Vergütung von Rechnungen gesprochen und Aufklärung darüber geschafft. Auch über die Hausaufgaben nach Waffen und Munition fand eine Aussprache statt. Der Gemeindefreiwirtschaft soll nach dem Beschluß der Gemeindevertreter vom Dienstag suspendiert werden. —

Larzhun, 20. Januar. (Gemeindevertreter-Sitzung.) Der Erhebung einer Luftbarkeitssteuer wurde zugestimmt. Der Antrag der Bekomme auf Gehaltssteigerung wurde abgelehnt. Wegen der Errichtung einer Schmiede habe ein in der Nähe wohnender Hausbesitzer Einspruch erhoben, seine Gründe werden von der Vertretung als nicht stichhaltig anerkannt. Dem Antrag der Gassenröhre und des Elektrizitätswerks stattet wegen Erhöhung des Gas- und Strompreises wurde zugestimmt. Um den in letzter Zeit in der Gemeinde oft vorkommenden nächtlichen Einbrüchen Einhalt zu tun, wurde beschlossen, einen Pflanzenschutz einzuführen. Einige Wobstzweige haben noch ihre Erlebung. — Diebstahl. In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag wurde einer armen Witwe das Schwein an Ort und Stelle abgetrieben und einem Einwohner ein paar Gänse gestohlen, bei einem weiteren Versuch, einen Stall zu erbrechen, wurden die Einbrecher gefoltert. Trotz energischer Verfolgung gelang es den Epibuben, zu entkommen. —

Kreis Zerichow 1 und 2.

Ahtenrabow, 20. Januar. (Ein Protokoll) sendet die Kompanie Jordan in Barade 30 der „Volkstimme“. Entgegen den Behauptungen, die sich über die Zustände bei den Baltikumtruppen in der Presse finden, behaupten diese Mannschaften, daß sie nirgends Unruhen hervorgerufen oder unglückliche Schiebergeschäfte gemacht haben. Wichtig ist nur, daß Mannschaften aus Rot ihre Decken und einige Stäbe und Offiziere ihre Pferde verkauft haben. Bei den Mannschaften wäre das nicht zu verwundern, da sie seit 10 Wochen keine Nahrung erhalten haben. Das Verhältnis zur Bevölkerung ist gut, es konnte darum auch nicht zu Zusammenstößen kommen und die Truppen haben ihre Waffen freiwillig abgegeben. Im Besitz der Waffen sind nur wenige Mannschaften der Eisernen Division, die erst von wenigen Tagen hier eingetroffen sind. Wichtig ist, daß sich gleich in den ersten Tagen viele Schieber aus dem Zivilstande hier einfanden, weil sie glauben, ein Geschäft machen zu können. Die hier anwesenden Russen sind hochwärtig, die im Krieg als ihre Habe heraus wurden. — Wir können weder die Beschuldigungen noch die Entschuldigungen augenblicklich nachprüfen, glauben aber, auch den Baltikumtruppen einmal das Wort zu lassen zu können. —

Burg, 20. Januar. (Hochwassergefahr) war und ist auch zum Teil noch für unsere Stadt vorhanden. Schon seit Sonnabend nachmittag nahmen die Maschinen über das Hochwasser der Elbe immer ernstere Charakter an. Mitternachtsnachrichten durchfuhren im Laufe des Sonntags die Stadt. Auch in Riessow wurde am Sonntag vormittag die Kunde von einem Einbruch am Hohenwarther Damm verbreitet, worauf sofort eine Mannschaft, mit allem möglichen Handwerkszeug ausgerüstet, nach der Einbruchsstelle abmarschierte. Es handelte sich glücklicherweise nicht um einen Bruch des Hauptwalls, sondern um einen solchen des alten Bahndammes. Dort war eine notdürftig vermauerte und zugeworfene frühere Unterführung von dem Drucke der gewaltigen Wassermengen der großen Elbediegung eingebrückt und das Wasser flutete in das etwa zwei Meter tiefer Gefälle. Am Sonntag brach dann die ganze Wölbung der Bahnunterführung — die Einbruchsstelle soll inzwischen die Breite von 60 Metern erreicht haben — zusammen und der Mauerwerk wurde von der dahinter stehenden Stützmauer weggespült, ebenso das in der anfangs keine Lücke gestopfte Material. Aus Burg ging sofort ein Militärfeldkommando und Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehrt nach der Ueberflutungsstelle ab, um dort Stauerarbeiten vorzunehmen. Leider ging die Flut auch über bestelltes Land, sich zum Teil bis in die nahe der Stadt gelegenen Niederrungen des Hilsauer Wüchens verlaufend. Am Sonntag abend trat die Feuerwehrt nochmal in Tätigkeit und am Sonntag ebenfalls, wobei sich ihr aus verschiedenen Fabriken je 50 Mann freiwillig anschlossen. Eine direkte Gefahr für den an der Riessower Chauffee gelegenen Stadtteil besteht mannehr nur dann, wenn das Wasser wieder über die Dämme hinweg steigt. — Einen Hertzfall hätte ein heutiger Geschäftsmann erlebt. Der Inhaber eines Zigarettengeschäftes las im „Magdeburger General-Anzeiger“ ein vorteilhaftes Angebot in englischen Zigaretten seitens der Firma Nordwest Handel, Berlin NW 87, Levetowstraße 11a. Er bestellte einen größeren Posten und bekam von der Firma die Mitteilung, daß die Ware abgehandelt sei. Auch die Verpackung wurde eingehend beschrieben. Das Paket kam an, und wie schildert das Erschauen des öffnenden Geschäftsmanns, als hätte der Zigaretten ein paar alte Militärkäse, 1 Kilo Salz und verschiedene alte Zeitungen den Inhalt des Pakets bilden. Das Paket war beschickungsmäßig verpackt, mit dem Stempel der Firma versehen und bei der Post mit 700 Mark beschriftet. Da der Geschäftsmann beim Öffnen des Pakets Reue hatte, wurde ihm das durch Nachnahme eingezogene Geld von der Post zurückgestellt. Reue etwas weniger Glück hätte der Geschäftsmann leicht der Ge-

Grete Fillingner.

Roman von Alfred Bod.

(26. Fortsetzung.)

Nachdem verboten

Grete hatte sich abends nach Tisch in ihre Stube zurückgezogen. Der Altmütter holte sie herüber und zeigte ihr seine Schätze: einen Käse gemalteren Schreier, einen Schrank mit gelbem Tuch und eine kleine Tüte, alles an Geschenk der Wiedermutterzeit. Ganz besonders stolz war er auf ein Bild des Großherzogs Ludwig 2. von Hessen, das dieser dem Tuchmacher Peter Nüßmann in Aemrod, dem Großvater des Altmüters, übergeben hatte. Der Tuchmacher war eines Tages vor seinem Großvater mit einem Jägermann ins Gespräch gekommen. Der ging dann in die Werkstatt und suchte sich ein Stück Tuch von dunkelgrüner Farbe aus. Der Großvater dachte: „Man kann nicht richtig genug sein!“ und sagte: „Nix für ungut. Wie ist's dann mit dem Bezahlen?“ „Ja, ich jemand aus dem Schloß“, antwortete der Jäger, „der hat das Tuch und gibt euch das Geld!“ „Kaum, daß der Versuch sich entern hatte, stürzte die Großmutter aus der Erde, in die sie sich gedrückt hatte, und rief: „Peter, weig Du dann nicht, was das war?“ „Ne“, meinte der Großvater. Die Großmutter leudte: „Ei, der Großherzog! Da hast Du was Schönes angerichtet!“ Der Großvater ließ sich nicht aus der Fassung bringen. „Närrchen“, sagte er, „wüßig Mut! Was einer vor sich lauft, das muß er bezahlen. Und wann's der Großherzog ist!“ So oft man der Landesherren zur Jagd nach Aemrod kam, sprach er bei dem Tuchmacher Peter Nüßmann vor, der einen Freund und Rathgeber gewann. Der Tuchmacher hand damals in den Dreißigern. Seine Frau kam aus Aemrod. Sie war zehn Jahre älter als ihr Mann. Heirathungsbedingt war die Ehe glückselig. Da geschah, daß der Zufall eine heilbringende Märgern nach Aemrod wegte. In die verheiratete sich

schädigte sein Können. — Durch Einbruch sind in vergangener Nacht 8000 Zigaretten, 2000 bis 8000 Zigaretten, 30 Flaschen Wein und 80 Stenierkerzen im Werte von 5800 Mark entwendet worden. Die Diebe müssen mit den besten Verhältnissen rechnen. — Der Verhaftete wurde am Sonntag nachmittag ein junger Mann, der im Verdacht stand, mit noch einem andern die in letzter Zeit vorgelommenen Gütern diebstähle ausgeführt zu haben. Nach kurzer Zeit wurde er aber wieder aus der Haft entlassen, weil sich jedenfalls die Verdachtsgründe als unzureichend oder unbegründet erwiesen hatten. Ueber diesen Fall hört man in der Stadt die verschiedensten Erzählungen. Es ist aber besser, läßle Nachrichten zu unterlassen. — Karzeffkung. Die Neuwahl des Vorstandes wurde von der Tagesordnung abgeseht, da eine Beratung des neuen Statuts noch erfolgen muß. Die Abrechnung vom 4. Quartal wurde anach erfolgen muß. Die Abrechnung vom 1. Quartal wurde anach erfolgen muß. Für die notwendigen Abrechnung der Gewerkschaften haben einzelne Gewerkschaften bereits Sammlungen vorgenommen. Eine Kommission wird beauftragt, die Statuten zu beraten und einer am 22. d. M. stattfindenden Kartellitzung zu berichten. Die vom Gewerkschaftskongreß beschlossenen Satzungen wurden vom Genossen Nüsse erläutert. Zugleich machte er auf die am 22. Januar in der Steinhaushalle stattfindende Ausschusssitzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse aufmerksam. Hierzu wurde eine Neuregelung des Gehalts des Arbeitsekretärs vorgenommen. Das Kartell schlug zwei Beiratsmitglieder für die Hinterbliebenenfürsorge vor. Für die Berufsberatung wurden vier Vertreter sowie vier Stellvertreter in Vorschlag gebracht. Genosse Fiegler beschloß sich mit der fortgesetzten Steigerung der Lebensmittelpreise und schlug vor, gemeinsam an die Unternehmer der Stadt wegen Bewilligung einer Leirungszulage heranzutreten. Es wurde beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die mit den Unternehmern verhandeln soll. Genosse P a s m teilte mit, daß die Saalbesten der Tarif mit dem höchsten Sportartell gekündigt haben. Sie fordern bei Versammlungen und Wahlen eine Miete von 70 Mark. Am Sonntagabend soll ein Eintrittsgeld von 30 Pfg. erhoben werden. Verhandlungen sind eingeleitet. Eine Erhöhung der Beiträge für die Mitglieder der Arbeiter-Samariterkolonne wurde zugestimmt. Zur Arbeitslosenfrage wird gefordert, daß die beschäftigten Frauen im Interesse der arbeitslosen Männer die Betriebe verlassen sollen. Genosse Fiegler machte auf die Unausführbarkeit dieser Forderung aufmerksam. Es sei heute unmöglich, die Frauen restlos aus den Betrieben zu entfernen. Es folgte eine längere Auseinandersetzung über die Beschäftigung fremder Arbeiter im Verlin-Burger Eisenwerk. Hierbei wurde festgestellt, daß eine Lohnbedrückere nicht stattfindet, weil der tarifmäßige Lohn gezahlt werde. Zum Schluß wurde folgende Entscheidung angenommen: „Die am 16. Januar tagende Sitzung des Ortsausschusses der Gewerkschaften zu Burg richtet an den Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes die Aufforderung, auch für die in denischen Gauen unter der Bevölkerung herrschenden Not Abhilfe durch Veranstaltung einer allgemeinen Sammlung zu schaffen.“ —

Loburg, 20. Januar. (Sozialdemokratischer Verein.) Am 17. Januar fand in der „Reichspost“ eine sehr gut besuchte Versammlung statt. Zu den Vorstand wurden folgende Genossen gewählt: Fr. Trusch, Vorkämpfer; Gustav Feld, Schriftführer; Hermann Ferlinden, Kassierer; und Fr. Zeppenitz und August Skappe als Beisitzer. Eine lebhafte Debatte entspann sich über die Gründung einer Einwohnerrwehr. Einige Genossen äußerten die Ansicht, daß die Einwohnerrwehr nur zum Schutze des Kapitalismus und besonders der Großkapitaler gegründet würde, und daß sie deshalb derselben keine Sympathie entgegenbrächten. Diesen Meinungen traten die Genossen Jacobi, Held und Trusch entgegen. Sie betonten, daß die Einwohnerrwehr nur zum Schutze der jungen Republik, der erregenen demokratischen Freiheit und gegen die Reaktion von rechts und zur Sicherung gegen Brand und Mäher errichtet werden sollte. Genosse Trusch besprach dann noch in längeren Ausführungen unsere wirtschaftliche und politische Lage. Er legte den Genossen dringend ans Herz, sich das, was die Revolution den Arbeitern an Rechten gebracht hat, nicht wieder räumen zu lassen. Die Versammlung stimmte darauf fast einstimmig für die Errichtung der Wehr und Übertragung dem Vorstand alles Weitere. Ferner wurde dem Vorstand der Auftrag erteilt, einen Kulturbund für einen Theaterabend auszusuarbeiten. Genosse Jacobi berichtete dann noch über die neuen Bestimmungen über die Mietspiegelsetzung. Eine rege Aussprache folgte. Diese Versammlung hat wieder gezeigt, daß ein großes Verlangen herrscht, sich gegenseitig auszusprechen. Denn nur durch Aussprache kann Klarung geschafft und können Mißstände beseitigt werden. Und Mißstände gibt es in Loburg und Umgegend noch genug. Wenn aber vieles nicht nach den Wünschen der Arbeiter geht, so tragen einzig und allein sie durch ihre Laune die Schuld daran. —

Pleßburg, 20. Januar. (Wegen Sittlichkeitsverbrechen) wurde der Arbeiterliche Emil Lahne vom Landgericht in Magdeburg zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. —

Schora, 20. Januar. (Mord und Selbstmord.) In voriger Woche hat der erst 22 Jahre alte Schäfer Kruppe sein 3 Tage altes Kind vergiftet und dann sich selbst erhängt. Trotz seiner Jugend hat er bereits fünf uneheliche Kinder. Es ist ihm nun wohl schwer geworden, für deren Erhaltung zu sorgen, so daß er den Kopf verloren hat und sich durch den Tod seinen Verpflichtungen entzog. —

Kreis Quedlinburg-Mäherleben-Ralbe.

Schnedel, 20. Januar. (Seltsame Ehrlichkeit.) Eine Einwohnerin verlor vor kurzem eine Geldtasche mit über 5000 M. Inhalt. Die glücklichen Finder waren ein junger Arbeiter und ein junges Mädchen aus Fellechen, die den Fund schließlich der Polizei abliefern. Leider fiel die Belohnung für sie nicht so

auf, wie man in Anbetracht der Selbheit des Falles erwarten konnte. —

Stahfurt, 20. Januar. (Die öffentliche Versammlung) am Sonntag, in der Landrat Genosse Bergemann über Ernährungssragen sprach, war außerordentlich gut besucht, wennschon die Frauen, für die dieses Thema von besonderem Interesse sein mußte, nur recht spärlich vertreten waren. Der Referent schilderte die außerordentlich schwierigen Verhältnisse, die vermutlich noch schwieriger sich gestalten werden. Seine Aus- scheidung könne sie weislicher, welcher Parteirichtung sie auch angehöre, besser aber wie in dem Hochwintern unter der mit- helmischen Regierung sei es doch schon geworden. Daß das Brot im Kreis etwas teurer als anderswo sei, liege hauptsächlich daran, daß hier mehr Weizenmehl verbraucht werden müsse. Der Kreis solle eigentlich 275 000 Zentner Kartoffeln abgeben, aber er werde Mühle haben, mit seiner Kartoffelernte den eigenen Bedarf zu decken. Der Versorgungsbezirk Stahfurt müßte ebenfalls seinen Bedarf hierin selbst decken, verlange aber doch noch Zuschuß. Weder streifte kurz die Fleisch-, Butter-, Milch- und Fett- versorgung. Die Kohlenversorgung im Kreise und ganz besonders die in Stahfurt sei bedeutend besser als im allgemeinen. Die landwirtschaftliche Produktion zu heben, sei die hervorragendste Aufgabe, damit wir nicht vollends auf den ersten Betrieb zurückfallen. Entweder müssen wir genügend Lebensmittel aus dem Ausland beziehen, und das würde eine ganz unerträglich Preissteigerung bedürfen, koste doch beispielsweise die Tonne Weizen auf dem Weltmarkt 2000 Mark, oder wir müssen die Landwirtschaft durch Gewährung besserer Preise in den Stand setzen, wieder intensiv zu wirtschaften und damit die Produktion zu erhöhen, und da würde uns das letztere Verfahren immer noch ganz gewaltig billiger kommen als das erstere. Durch den Mangel während des Krieges, den Mangel an Dünger usw. sind die Getreidemisse fast auf die Hälfte gesunken. Mit der Steigerung der Lebensmittelpreise muß selbstverständlich die Steigerung der Löhne und Gehälter gleichen Schritt halten, wenn wir uns nicht alle darauf einrichten müssen, als Folge des Krieges unsere Lebenshaltung einschränken zu müssen. Der Vortrag fand lebhaftesten Beifall, aber natürlich nicht bei den Kommunisten, deren härtester Schluß es sich nicht verheißener konnte, den Genossen Bergemann widerlegen zu wollen. In welcher überaus schmeichelnder Weise Herr Schilde zu Worte ging, wird aus der Tatsache ersichtlich, daß er die Zustände im Sovietrussland für besser als die unsrigen hingenommen behaupte und dies damit zu beweisen suchte, daß dort ein Paar Schuhe 1500 Mark kosten, bei uns aber nur 150 Mark, wobei er auch noch übertrieben hat. Schallendes Gelächter belohnte ihn für diesen Geistesblitz. Geradezu grotesk mutzte seine Beweismittel darüber an, daß bei seiner Rede einige Zwischenrufe laut wurden. Er selbst beschloß, weil er erst vor wenigen Monaten derselbe Herr Schilde mit seinen Anhängern jede Versammlung kräftig stärkte, ja sie geradezu sprachen, und sich dieblich- samkeit, wenn ihm das gelang. In seinem Schlußwort rechnete Genosse Bergemann gründlich mit ihm ab, ebenso auch mit der verleumdenden Presse, die auch in Stahfurt eine Vertretung habe. — **Erreutesches von der Schule.** Die Vorschule des Realgymnasiums wird abgebaut, mit der Errichtung der Ein- weitschule zum 1. April wird Ernst gemacht. Auch steht ein Abkommen mit Leopoldshall bevor über eine gemeinsame Hörschule für Kinderbewerber. — **Falsche Auffassung.** Der Garzon- alteste, Major Müller, hat durch Blaufade die Verhandlung des Ausnahmestandes bekanntgegeben und hinzugefügt, daß er vorläufig von der Anordnung besonderer Maßnahmen abstehe, jedoch Unbestimmene warne. Diese Bekanntmachung hat teilweise die Meinung hervorgerufen, als ob wegen des Ausnahmezustandes besondere Militär nach Stahfurt beordert worden wäre. Diese Annahme ist falsch, vielmehr ist das Militär schon seit der An- kunft des Infanterie-Regiments 60 anwesend. Jetzt ist nur noch die Umwidmung dieses Regiments anstehend. — **Für Kar- toffeln** ist der Kleinhandelspreis mit Wirkung vom 15. Januar auf 20 Pfg. für das Pfund festgesetzt worden. —

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Osenstedt, 20. Januar. (Eine Volksversammlung) findet am Donnerstag den 22. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal von Rulicher (Landhaus) statt. Genosse Oberbürgermeister Beim's (Wagbe- r) wird über den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands einen Vortrag halten. (Siehe Inserat.) —

Altshaldensleben, 20. Januar. (Der Sozialdemo- kratische Verein) hielt am 17. Januar seine Mitliederberammlung ab. Der Kassienbericht wurde erstattet. Die Mitgliederzahl hat sich erfreulicherweise wiederum erhöht. Trotzdem heißt es immer noch neue Mitglieder zu werden. Von der Gemeindevertretung und vom Schul- vorstand wurde Bericht gegeben. Am Sonntag, 25. Januar, vormittags 9 Uhr, soll eine Pausa- gitation für die „Volkstimme“ vor- genommen werden. Zur Teilnahme an dieser Verbsitzung können sich noch Genossen am genannten Tage bis um 9 Uhr bei Peters einfinden. Dem Arbeiterangehörigen wurden in Anerkennung seiner Mitwirkung bei den Vereinsfesten aus der Feilkommissionssakke 100 Mark für den Jahnensfonds bewilligt. Am 31. Januar, abends 8 Uhr, soll nur ihre Parteigenossen und deren Angehörige bei Peters ein Vergnügen ab- gehalten werden. — Eine Gemeindevertreter-Sitzung mit wichtiger Tagesordnung wird am Dienstag, 20. Januar, im Gemeinde- bureau abgehalten. —

Beendorf, 20. Januar. (Der hiesige Sozialdemo- kratische Verein) hielt am Sonntag seine Monatsberammlung ab. Nach der Rechnungslegung durch den Kassierer wurde die Vor- standswahl vorgenommen. Mit Ausnahme des Genossen Janzich nahm der bisherige Vorstand die Wiederwahl an. An Stelle dieses Genossen wurde H. Brandt als Schriftführer gewählt. Darauf be- richtete Genosse Kühne ausführlich über die Konferenz in Magdeburg und über die dort gefassten Beschlüsse und Befehlungen. Ferner legte Genosse Frieze an, daß in der Monatsberammung eingehender

der Tuchmacher und wurde wiedergeliebt. Seine Frau erfuhr davon und jagde großmütig: „Du bist jung, ich bin alt, ich geb' Dich frei!“ Er kämpfte einen schweren Kampf. Zuletzt mar- schierte er nach Darmstadt und trug dem Großherzog seine An- gelegenheit vor. Der sprach: „Nüßmann, ich miß mich in so Sachen nicht gern. Ach, rat' Euch nur: überlegt's Euch zweimal, ob io eine hohe Maingernin zu Euch und in das stille Aemrod geht!“ Die Folge der Andienz war: der Peter blieb bei seiner Frau. Die junge Maingernin wollte sich das Leben nehmen. Sie beirath sich aber eines andern und zog mit Verwandten nach Wörmern, wo sie eine brave Wäckerstrau wurde und Kinder und Kindesfinder um sich erblicken sah.

Der Altmüster schweigte in Familienereinerungen. Ein wenig von seiner behaglichen Stimmung ging auf Grete über. War sie aber allein, kamen die Gedanken in schwarzen Schwär- men, und eine große Herzlosigkeit fiel sie an. Ihre Schulame- radin, Elie Röber, hatte geschrieben, ein Freund ihres Mannes, der Gutspächter Martin in Wildlag, habe seine Frau verloren und suche eine Stütze. Grete solle sofort kommen, sich dem Herrn vorzustellen. Es seien zwei nette Mädchen da von sieben und neun Kindern. Martin stehe sich gut. Bei ihm sei Grete am rechten Platz. Sie hatte einen absterbenden Veischid gegeben. Wenn Nüßmann sie in seinem Dienste behielt, hatte sie nicht das Recht, sich andermwärts um eine Stelle zu bemühen. Wie lieb er sie merkte, daß sie seine Schuldnarin war. Sah sie, wie er sein Geschäft führte, fand sie verwirrt, was sie Theobald immer und immer gepredigt hatte: „Treib's klein und rein!“ Nüßmann tat's. Daß er gut verdiente, lag auf der Hand. Nach der Schredenstagen kam sie jetzt erst zu Atem und zur vollen Er- kenntnis ihrer Lage. Sie hatte nicht mehr so viel, daß sie den Fuß darauf setzen konnte. Daß es ihr einmal io gehen würde, sein Etau würde sich unter der Erde wenden. Alles Gewin- nung hätte ihm ferngelegten. Daß er aus Not nichts zu ent-

behren brauche, daß er mit dem Seinen frei schalten und wal- ten dürfte, hatte er als Geschenk von oben betrachtet. Auch seiner Tochter war das Geld nicht ans Herz gewachsen. Und doch, daß sie fortan nicht mehr aus dem eignen Brunnen schöpfen sollte, schnitt ihr arg ins Leben. Zur Zeit, da der alte Wücker nach der Köllerschlacht bei Leipzig mit seinen siegreichen Truppen durch den Vogelsberg zog, hatte ihr Vorfahr, der Kettenritter Fillingner, zwei kostbare silberne Becher zum Guffe der „Moriose“ gegeben, die im Turme der Biehtrauerkirche hing. Die Glode hatte er zum Schutzgeist der Familie erhoben. Solange ihre helle Stimme über dem Städtchen schwebte, war sein Glaube, würde ein guter Stern den Fillingnern leuchten. Die Gloria hatte noch ihren Silberklang, der gute Stern der Fillingner war erblichen. Der Altmüster, der immer in seinem Schöpfer ver- gnügt war, sprach: „Weihen ist gegeben, das Stimmern hinten nach hat keinen Wert.“ Er hatte gut reden. Das sie erst hatte, wüchte sich nicht so weig. Am Tage tat die Urben, dem Spintstieren Einhalt. Nachs fand sie keinen Schlaf. Duffelte sie ein bißchen ein, fuhr sie von schwarzen Bildern geangstigt auf. Es konnte keine Verbindung sein, jemand schlachte über dem Fluß und stöhnte jammervoll. Es ging ihr durch Mark und Bein. Im Laden hatten sie erzählt, seit er aus der Haft entlassen war, lag Ludwig Jhsd matt und ältierig zu Bett. Auf Anordnung des Arztes mußte im Hause die größte Stille herrschen. Muttere draußen ein Wagen vorüber, schrie Ludwig auf. Deshalb war die Straße mit Stroß belegt wor- den. Der Kranke verweigerte die Nahrung, die Schwäche nahm zu. Man gab nicht mehr viel für sein Leben. Er mußte wohl doch etwas auf dem Sterblich haben, und die Gerechtigkeit Gottes nahm ihren Lauf. So wurde im Laden gesprochen. Wie glühende Freile drangen die Worte auf sie ein, und ihr Herz ward von widerstehenden Gefühlen zerrißen.

(Fortsetzung folgt)

kleine Chronik

Vericht über die Gemeindevorsteher-Sitzungen erstattet werden soll. Genosse Künze leate dabei jedem ans Herz, sich auch mal selbst von solchen Sitzungen zu überzeugen...

Wolmirstedt, 20. Januar. (Das Gewerkschaftsartikel) hielt am Sonntagabend eine öffentliche Versammlung ab, die jedoch leider nur schwach besucht war.

Stendal, 20. Januar. (Märkische Schwurgericht) Wegen Meineids hatte sich am Sonntagabend die 41-jährige Ehefrau Minna Basse am Seehausen zu verantworten.

Stendal, 20. Januar. (Märkische Schwurgericht) Wegen Meineids hatte sich am Sonntagabend die 41-jährige Ehefrau Minna Basse am Seehausen zu verantworten.

Stendal, 20. Januar. (Märkische Schwurgericht) Wegen Meineids hatte sich am Sonntagabend die 41-jährige Ehefrau Minna Basse am Seehausen zu verantworten.

Stendal, 20. Januar. (Märkische Schwurgericht) Wegen Meineids hatte sich am Sonntagabend die 41-jährige Ehefrau Minna Basse am Seehausen zu verantworten.

Stendal, 20. Januar. (Märkische Schwurgericht) Wegen Meineids hatte sich am Sonntagabend die 41-jährige Ehefrau Minna Basse am Seehausen zu verantworten.

Das betraufte Berlin. Die Zahl der Eheschließungen hat sich in Berlin 1919 verdoppelt. In Berlin wurden 1918 rund 14 700 Ehen geschlossen...

Explosion eines Gasbehälters. Montag früh ist der neue Gasbehälter des Gaswerks in Miquel bei Dresden plötzlich explodiert. Die Ursache ist noch nicht genau festzustellen.

Oberfließen im Dunkel. Infolge einer plötzlichen Störung im Elektrizitätswerk Thorgow herrscht in ganz Oberschlesien Dunkelheit.

Schwere Sturmfluten. Der orkanartige Stürm, der in den vergangenen Wochen über den Schwarzwaldbinnensee, hat einen Schaden von mehreren Millionen Mark allein in den Wäldern angerichtet.

Der niedergeratene Lachenseel. Ein neues und ertragsreiches Arbeitsgebiet der Gilde der Langfinger sind die Vog- und Mingsamp-Vorfstellungen in Berlin.

Die Berliner Kindertragödie. Der tragische Vorfall, dem die 12-jährige Sohn Wario und die 10-jährige Hildegard zum Opfer gefallen sind, stellt sich nicht als ein überlegter Mord...

Die eingekerkerte Brücke. Die aus Eisenbeton im Jahre 1915 erbaute Brücke, die bei dem Orte Wschlen über die Wesel führt, ist gestern früh 7 Uhr unter dem Druck des Hochwassers eingestürzt.

Eine neue Stadt in Sachsen. Die Gemeinden Deuben, Holschappel und Döhlen haben ihre Vereinigung zu einer Stadt zum 1. April beschlossen.

Schiffbrand auf hoher See. Eine drastische Meldung besagt, daß auf dem Dampfer „Pohpatan“ auf 51 Grad nördlicher Breite und 20 Grad westlicher Länge eine Feuerbrunst ausgebrochen ist.

Theater, Konzerte etc.

Wilmshaus-Theater. Neltene Theaterbesucher werden sich des Schauspiel „Die offizielle Frau“ von Ibsen erinnern, das im Viktoriathheater unter Hanslers Leitung mit starkem Erfolg gegeben wurde.

Vortragssolge entsprach wieder dem Sinne früheren Programms. Von Bach wurde die seitens erste H. Mol-Sonate gespielt, von Schubert mit einer gehaltenen Sonate in A-Dur.

Mitteilungen der Direktoren. Stadttheater. Heute Mittwoch: „Minna von Barnhelm“. Donnerstag: „Cobdenin“. Freitag: „Der Himmelskinder“. Samstag: „Der Himmelskinder“.

Bereine und Versammlungen.

Am 18. Januar fand im Arbeitersekretariat eine Besprechung statt. Daß auf die Eingabe an den hiesigen Magistrat zwecks Erhöhung der Entschädigung des entgangenen Arbeitsverdienstes noch keine Antwort erfolgt ist...

Eingefandt.

Für diese Kundel übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung. Zum Kirchenaustritt. Im Amtsgericht Neue Neustadt nimmt ein Herr D. die Kirchenaustrittserklärungen entgegen.

Immer noch Almosen für Heizergehilfen?

Für die Heizerbesprechung, in der auch der Heizergehilfen-Ausschuß eingeladen, suchte der erste Anwesende sowie dessen Stellvertreter, die von der Gehilfenschaft neu angenommene Lohnforderung als äußerst notwendig zu begründen.

Bereins-Kalender.

Verband der Gärtner und Gärtnergehilfen. Mittwoch den 21. Januar, abends 7 1/2 Uhr, Generalsammlung im „Diamantbräu“, Berliner Straße 14.

Briefkasten.

G. Sch., Lennsdorf. Der Reichsbund der Altagelbescheidigten Magdeburg, Knochenhauerstraße 11, wird Ihre Interessen vertreten.

Wasserstände.

Table with columns: Ort, Pegel, Wasserstand, Datum. Includes locations like Varndebis, Wrandebis, Melnt, Peltmeitz, Anffig, Dresden, Thurgau, Wittenberg, Rößlau, Aren, Garby, Magdeburg, Tangermünde, Wittenberge, Penzen, Öbmitz, Dardbau, Solgenburg, Sohndorf.

Wettervorhersage.

Mittwoch den 21. Januar: Wolkig, wieder etwas milder, ohne nennenswerte Niederschläge.

Frostbeulen.

werden bei Gebrauch von Friedels Frostbad in kurzer Zeit bejeitigt. Verlangen Sie dieses in Apotheken und Drogerien, aber lassen Sie sich nicht anderes aufreden.

Wahrung der Todesstrafe begreifen, sondern er sollte ihnen mit gutem Beispiel vorangehen.

So theoretisch überzeugte Wegner dieser barbarischen Wiederherstellung wie die U. S. B. und die Kommunisten, sollten aber vor allem darauf bedacht sein, ihre Willkürherrschaften in anderer Weise als durch Mord und Totschlag zu erfüllen.

Weyl, der Diktator.

Am Nachmittag des blutigen Dienstag trat die Berliner Stadtverordneten-Versammlung zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, um endlich die Vorlagen über die Winterbeihilfen für Erwerbslose und die Gehaltsregelung der Lehrer zu verabschieden.

Der Stadtverordneten-Vorsteher-Stellvertreter Wege übernahm alsdann die Leitung der Versammlung, erklärte, daß sie gar nicht geschlossen sei und führte die Verhandlungen weiter.

In der nächsten Sitzung hielten dann sämtliche Parteien eine scharfe Abrechnung mit dem skandalösen Verhalten des unabhängigen Vorstehers Dr. Weyl.

Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge.

Durch eine Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 15. Januar 1920 hat die bisher gültige Erwerbslosenfürsorge eine bedeutende Veränderung gefunden.

Den Fürsorgeausschüssen, denen die Durchführung der Erwerbslosenfürsorge unter Hinzuziehung von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer obliegt, wird zur Pflicht gemacht, in enger Zusammenarbeit mit den Arbeitsnachweisen darauf hinzuwirken, daß den unterliegenden Erwerbslosen mit tüchtiger Beschleunigung geeignete Arbeit vermittelt wird.

Aufkauf der Silbermünzen.

Infolge der ganz außerordentlichen Steigerung der Silberpreise ist der Metallwert der Silbermünzen weit über den Nennwert gestiegen.

Mit Rücksicht hierauf besteht die Absicht, sämtliche Reichsilbermünzen in aller nächster Zeit außer Kurs zu setzen.

Table with 2 columns: Münzart and Preis. Includes Einmarkstück, Zweimarkstück, Dreimarkstück, Fünfmarkstück, Ein halbes Markstück, Silberne Zwanzigpfennigstück.

Für einen alten Taler werden auf Grund seines höheren Gehalts 21,50 Mark gezahlt.

Amerikanische Demokratie.

„New York Herald“ meldet aus Albany (Staat New York), daß die gesetzgebende Versammlung des Staates New York mit 140 gegen 8 Stimmen am vorigen Mittwoch beschlossen habe, die fünf gewählten sozialistischen Mitglieder auszuschließen.

Das Ganze klingt märchenhaft — und amerikanisch.

Notizen.

Die Heimkehr aus Frankreich. Die Reichszentralstelle für Krieg- und Zivilschadensersatz teilt mit, daß die Heimkehr der Kriegsgefangenen aus Frankreich am Dienstag den 20. Januar begonnen hat.

Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hat sich am Sonntag in einer fünfstündigen Debatte, die vor Beginn und nach Schluß der Plenarverhandlung über das Betriebsrätegesetz stattfand, mit den neuesten innerpolitischen Ereignissen und der Haltung ihrer Regierungsmitglieder beschäftigt.

Der Hesse-Vertrag. Im großen Schwurgerichtssaal des Landgerichts I im alten Justizgebäude in Moskau begann am Montag, vormalig der Verleumdungsprozess Erzberger gegen Hesse.

Verhaftung unabhängiger Fahrer. Der Mitvorsitzende des U. S. B. Ernst Däumig ist auf Anordnung des Oberkommandos Noke verhaftet worden.

Ein Landesverratsprozess. Vor dem Reichsgericht begann am Montag der Landesverratsprozess gegen den früheren sächsischen Landtagsabgeordneten und Werdener Fabrikanten Ernst August Barth.

Der Postverkehr mit den Abtretungsgebieten. Nach einer Verordnung des Teilsgebietsministeriums in Losen wird der Postverkehr mit den jetzt übergebenen Gebieten vom Tage der Uebernahme der Verwaltung durch die polnische Regierung bis auf weiteres auf gewöhnliche und eingetragene Briefe beschränkt.

Madef ist am 18. d. M. durch deutsche Beamte begleitet an der polnischen Grenze eingetroffen und hat die Weiterreise nach Sowjetrußland angetreten.

Der sächsische Eisenbahnerstreik. Wie aus Zwickau berichtet wird, haben die Eisenbahner beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Ministerium Millerand. Das neue französische Ministerium ist folgendermaßen zusammengesetzt: Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen Millerand, Justizminister L'hopiteau, Minister des Innern Donnorat, Kriegsminister Andre Besebre, Marineminister Landry, Handelsminister Isaac, Landwirtschaftsminister Henri Ricard, Finanzminister Francois Marcal, Kolonialminister Albert Sarraut, Minister der öffentlichen Arbeiten Petroque, Unterrichtsminister Victor Berard, Arbeitsminister Jourdain, Minister für soziale Arbeit und Hygiene Breton. Als Minister für die zerstörten Gebiete bleibt Zadieu Mitglied des Kabinetts.

Grabsstättenhamsterer. Das Hamstern ist schon zu einer Zeitkrankheit geworden. Jetzt werden sogar schon Gräber gehamstert. Die Friedhofsverwaltungen in Wien machen in der letzten Zeit die Erfahrung, daß sich auffallend viele Leute um Grabstellen bemühen.

Depeschen.

Die Eisenbahnot.

M. L. B. München, 20. Januar. Laut amtlicher Meldung wird der Personenverkehr in Bayern von Dienstag an teilweise wieder aufgenommen.

Der Handel mit Sowjet-Rußland.

M. L. B. Kopenhagen, 20. Januar. Anlässlich der Aufhebung der Blockade gegen Sowjet-Rußland erklärte der russische Sowjetvertreter in Kopenhagen, Litwinow, dem hiesigen Neuter-Korrespondenten, daß die Aufhebung der Blockade mit den englisch-russischen Verhandlungen in Verbindung stehe.

Der Zeitungsschlüssel! Erklärendes für Zeitungsläser Preis 1.50 Mk.

Buchhandlung Volksstimme

Umzüge

Möbeltransporte

Ernst Funke

Seine Herrenmäntel werden halbiert...

Rommade, Tisch, Spiegel u. Wanduhr...

Piano

Naturheilanstalt

Paul Michaelis

Enkelpferge in u. außer dem...

Bettmässen.

Gegeelboot

Naturheilanstalt

Paul Michaelis

Die Verdingung des Arbeiter...

galizischer Wallach

Toepfer, Scharnhorststr. 9

Burg

Dr. Hertz

Die Verdingung des Arbeiter...

Schmuck, mittelalterlicher...

Augenarzt

Dr. Hertz

Dr. Hertz

Dankagung.

Die Verdingung des Arbeiter...

Augenarzt

Dr. Hertz

Dr. Hertz

Ich habe mich als Arzt niedergelassen.

Verband der Fabrikarbeiter...

Ernst

Wilhelm Wollau

Dr. Hertz

Ich habe mich als Arzt niedergelassen.

Verband der Fabrikarbeiter...

Ernst

Wilhelm Wollau

Dr. Hertz

Deutscher Metallarbeiterverband

Nachruf.

Ernst

Wilhelm Wollau

Dr. Hertz

